Sonntag, 26. Februar 1922. **Einzelnummer 15 Mark.** 61. Jahrgang. **Nr. 47.**

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis M.
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Postamt . . . . 275.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110, 3249.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Anzeigenpreis
f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 40.— M
Reklameteil 120.— M
Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M
im Reklameteil 10.— M
in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Wahlordnung zum Sejm.

Am heutigen Sonntag findet in den Räumen des Zoologischen Gartens in Posen eine deutsche politische Versammlung statt, die gegen eine neue der deutschen Minderheit drohende Gefahr, gegen die Gefahr der politischen Mundtotmachung Stellung nehmen soll, die von dem dem Sejm zurzeit vorliegenden Entwurf der Sejmwahlordnung droht. Eine kurze Darstellung des Inhalts des Entwurfs ist deshalb am Platze.

Der Entwurf behandelt zunächst das aktive und das passive Wahlrecht, wobei er sich im wesentlichen auf eine paraphrasierende Umschreibung der einschlägigen Verfassungsbestimmungen beschränkt. Die Zahl der Sejmmandate wird auf 400 festgesetzt, die auf die einzelnen Wahlkreise in bestimmter Anzahl verteilt werden. Und zwar hat man die Wahlkreise recht klein bemessen so daß auf den einzelnen Wahlkreis durchschnittlich nur 5 Abgeordnete entfallen. Die Wahlkreise werden von der Verwaltungsbehörde in Stimmbezirke eingeteilt, die so zu bemessen sind, daß sie nicht mehr als 3000 Einwohner zählen, und daß kein Wähler über 6 km Weg zum Wahllokal hat. Wahltag ist ein Sonn- oder Feiertag

Auf die Abschnitte über Wahlkommissionen, Wahlbekanntmachungen und Wählerlisten sei nicht weiter eingegangen.

Aus dem Abschnitt über das Abstimmungsverfahren soll erwähnt werden das Verbot des Ausschanks oder der Abgabe alkoholischer Getränke am Vorabend des Wahltags und am Wahltag selbst, das Verbot des Redenhaltens, Verteilens von Stimmzetteln und jeder Agitation im Gebäude des Wahllokals und im Umkreis von 100 Metern von diesem. Interessant ist die Bestimmung des Art. 81, daß wenn der Wahlkommission eine amtliche Urkunde darüber vorgelegt wird, daß ein ordnungsgemäß in der Wählerliste eingetragener Wähler nicht polnischer Staatsbürger ist, er zur Abgabe des Stimmzettels nicht zugelassen wird.

Besondere Berücksichtigung aber verdienen die Vorschriften über die Kandidatenlisten und die Berechnung des Wahlergebnisses. Vorgesehen werden Reichskandidatenlisten und solche für den einzelnen Wahlkreis (Kreiskandidatenlisten). Erstere sind von mindestens 5 Abgeordneten des abtretenden Sejms oder von mindestens 1000 Wählern je zur Hälfte aus je einem Wahlkreis stammend, unter Nachweis der Wahlberechtigung und Beglaubigung der Unterschrift zu unterzeichnen, letztere von mindestens 150 Wählern des Kreises. Die Zahl der Kandidaten auf der Reichsliste darf 100 nicht übersteigen, während auf der Kreisliste an Kandidaten höchstens das Eineinhalbfache der Zahl der auf den Kreis entfallenden Mandate stehen darf. Der Bevollmächtigte einer Kreisliste kann in bestimmter Form angeben, welcher Reichsliste eventuell für seine Liste abgegebene nicht verbrauchte Stimmreste zugute kommen sollen. Erfolgt eine solche Angabe nicht, dann fallen die nichtverbrauchten Stimmenreste dieser Kreisliste unter den Tisch. Ferner ist bestimmt, daß in ein und demselben Wahlkreis nicht zwei oder mehr Kreislisten ihren Beitritt zu ein und derselben Reichsliste erklären können. Eine Listenverbindung ist der Wahlordnung überhaupt unbekannt. Die Berechnung des Wahlergebnisses erfolgt für den Kreis in folgender Weise: Die Gesamtsumme der abgegebenen gültigen Stimmen wird durch die Zahl der auf den Kreis entfallenden Mandate geteilt. Das Resultat (ohne eine etwaige Bruchzahl) ist der Wahldivisor. Nun wird die Summe der für jede gültige Kandidatenliste abgegebenen Stimmen durch den Wahldivisor geteilt. Jede Liste enthält soviel Mandate, als der Wahldivisor in dieser Summe enthalten ist. Die Stimmsummen, die bei dieser bis zur Bruchrechnung durchgeführten Division übrig bleiben, stellen die unverbrauchten Stimmreste dar und werden, soweit sie auf Listen entfallen, die ihren Beitritt zu einer Reichsliste gültig erklärt haben, auf die betreffenden Reichslisten übertragen. Ebenso werden die in dem Wahlkreis unverbrauchten Mandate der Reichswahlkommission zur Verteilung überwiesen. Ein Beispiel: In einem Wahlkreis mit 5 Mandaten sind 60000 Stimmen abgegeben, und zwar 40000 für die Nationaldemokraten, 10000 für die Sozialdemokraten, 10000 für die Deutsche Partei. Dann ist der Wahldivisor 60000 : 5 = 12000. Es entfallen auf die Nationaldemokraten 40000 : 12000 = 3 Mandate (Rest 4000 Stimmen), auf die Sozialdemokraten und die Deutschen (je 10000 : 12000) kein Mandat. Zur Reichswahlliste der Nationaldemokraten werden 4000, zu der der Sozialdemokraten 10000, zu der der Deutschen 10000 Stimmen überwiesen. Gleichzeitig werden der Reichswahlkommission 2 Mandate zur Verteilung überwiesen. Die Reichswahlkommission berechnet, wieviele Mandate aus sämtlichen Wahlkreisen unbesetzt geblieben sind. Diese Mandate werden auf die Reichskandidatenlisten verteilt, wobei aber unberücksichtigt bleiben die Reichslisten, die mittels ihrer entsprechenden Kreiskandidatenlisten nicht wenigstens in 3 Wahlkreisen Abgeordnete durchgebracht haben. Nehmen wir z. B. an, für alle Wahlkreise würde das oben angeführte Beispiel gelten, dann würden die Sozialdemokraten und die Deutschen, obgleich sie zusammen 1/3 der Gesamtbevölkerung repräsentieren nicht ein einziges Sejmmandat erhalten! Die Verteilung der zur Verfügung der Reichswahlkommission stehenden Mandate geschieht in einem ähnlichen nur noch bedeutend komplizierteren Verfahren wie die Verteilung der Kreismandate. Hervorgehoben ist, daß eine Reichsliste von der Reichswahlkommission nicht mehr Mandate zugeteilt erhalten kann als die Hälfte der Mandate, die die entsprechenden Kreislisten bei der ersten Berechnung errungen hatten. Nehmen wir z. B. an, die Sozialdemokraten hätten in 3 Wahlkreisen je einen Kandidaten durchgebracht, in den übrigen Wahlkreisen dagegen gewaltige, aber nicht zur Erlangung eines Mandats ausreichende Stimmenreste aufzuweisen, so würden sie von der Reichswahlkommission trotz der Riesen-Summen der Stimmreste nicht mehr erhalten als 1 Mandat. Sie würden also im ganzen mit 4 Mandaten in den Sejm ziehen. — Wenn auch die erste Berechnung der Reichswahlkommission noch nicht zur Verteilung sämtlicher Mandate führt, dann setzt ein drittes Skrutinium mit noch komplizierterer Berechnungsart ein, auf die einzugehen sich erübrigt.

Die weiteren Abschnitte, insbesondere auch die über Prüfung der Gültigkeit der Wahlen seien übergangen. Nur der Abschnitt über Sprachvorschriften sei noch hervorgehoben. Wenn in einem Wahlkreis eine nationale Minderheit nach der letzten Volkszählung mindestens 20 Prozent der Bevölkerung ausmacht, ist die Sprache dieser Minderheit bei den Beratungen der Kreiswahlkommission und bei Veröffentlichung der Kreiskandidatenlisten zugelassen. Eine Prüfung der Kandidaten im Polnischen, wie sie im ehemal. preußischen Teilgebiet bezüglich der Kommunalwahlen vorgesehen war, ist für den Sejm nicht erforderlich. Erwähnt sei noch die Bestimmung des Art. 66, die aus Furcht vor kommunistischer Wahlsabotage eine durch Strafen gesicherte Gehorsamspflicht des Druckereipersonals gegenüber den Vorsitzenden der Kreiswahlkommissionen zwecks Beschleunigung des Drucks der Wahlplakate vorsieht.

Soviel über den Inhalt des Wahlordnungsentwurfes. Es liegt auf der Hand, daß er den Verfassungsgrundsatz der Verhältniswahl nur scheinbar durchführt. Im übrigen ist seine ganze gekünstelte Wahlarithmetik nur darauf angelegt, zugunsten der großen Parteien alle über den ganzen Staat verstreuten kleineren Gruppen an die Wand zu drücken. Parteien, wie die der arbeitenden Intelligenz, haben ebenso wenig von der neuen Wahlordnung zu erhoffen, wie die Parteien der nationalen und religiösen Minderheiten. Daß von den Verfassern der Wahlordnung mit Bewußtsein gerade auf die Ausschaltung dieser Minderheiten aus dem politischen Leben hingearbeitet worden ist, ergibt die Tatsache, daß man erst das Ergebnis der Volkszählung abgewartet hat, um die zweckmäßigste Konstruktion des Wahlverfahrens herauszufinden. Gerade ein Nationalitätenstaat wie Polen müßte es sich aber angelegen sein lassen, ein wirkliches, gerechtes Proportionalwahlrecht durchzuführen, wie es das Deutsche Reich zum Beispiel besitzt. Deshalb muß, solange noch Zeit ist, vor Polen und der ganzen Welt der schärfste Protest eingelegt werden gegen das beabsichtigte Wahlunrecht, das in seiner arithmetischen Raffiniertheit das preußische Dreiklassenwahlrecht sogar übertrumpft.

Ist es aber nicht abzuwenden, dann heißt es, die Konsequenzen daraus ziehen, und die heißen: Einigkeit macht stark. Dem Verfasser dieser Zeilen sei es dabei gestattet, seine Privatmeinung dahin kundzugeben, daß man auch vor einer Gesamtliste aller Minderheiten Polens nicht zurückschrecken darf, mögen auch die Okazisten und ihre Gesinnungsgenossen darüber Zeter und Mordio schreien. Gerade durch das Unrecht, das sie antun wollen, werden sie alle Entrechteten zusammenschweißen.

Die Genfer Verhandlungen.

Aus Genf wird über den Stand der Verhandlungen gemeldet: Die aus Berlin in Schweizer Blätter gelangten Nachrichten über die Verhandlungen der deutsch-polnischen Konferenz, wonach man in Berliner Regierungskreisen über die Genfer Verhandlungen beunruhigt sei und glaube, daß sie auf ernste Schwierigkeiten gestoßen wären, sind, wie sich aus unserer gestrigen, den Stand der Verhandlungen schildernden Meldung ergibt, etwas gar zu weitgehend.

Ebensowenig ist freilich der rosenrote Optimismus einer heute abend ausgegebenen offiziellen Mitteilung des Völkerbundsekretariats berechtigt, der zufolge die Verhandlungen durchaus befriedigende Fortschritte gemacht haben. Die Verhandlungen, die schon an sich durch die zu behandelnden Gegenstände zum Teil recht schwierig sind, werden durch die wechselnden Instruktionen der polnischen Delegation jedenfalls nicht erleichtert.

In der zwölften Kommission wurde heute die erste Lesung der Abkommen über die gemischte Kommission und das Schiedsgericht zu Ende geführt, aber es bleibt da noch eine Menge Einzelheiten zu regeln, vor allem die gestern schon erwähnten Fragen der Unterstellung des Schutzes der Minderheiten unter das Schiedsgericht, die wohl durch die Entscheidung des Präsidenten werden gelöst werden müssen. Nach der Mitteilung des Völkerbundssekretariats wird der endgültige Vertragstext nicht weniger als 500 Artikel enthalten.

Die Neubildung des österreichischen Kabinetts.

Wien, 24. Februar. Die zwischen den parlamentarischen Parteien und der Regierung stattgefundene Fühlungnahme in der Neubildung der Regierung Schober lassen die Erwartung berechtigt erscheinen, daß eine neue Arbeitsgemeinschaft zwischen Christlich-Sozialen und Großdeutschen zustande kommen wird.

Als bestimmt gilt das Ausscheiden des Finanzministers Dr. Gürtler. Dagegen ist in parlamentarischen Kreisen die Nachricht verbreitet, daß die angeblich beabsichtigte Entsendung des gegenwärtigen Handelsministers Dr. Grünberger nach Paris an Stelle des Gesandten Eichhoff den Tatsachen nicht entspricht. Es ist nicht beabsichtigt, im Pariser Gesandtenposten einen Wechsel eintreten zu lassen.

Sejm.

Sitzung vom 24. Februar 1922.

Warschau, 25. Februar.

Auf der heutigen Sitzung wurde über den Bericht des Unterausschusses diskutiert welcher die Holzverträge in Kleinpolen geprüft hat, die durch das Landwirtschaftsministerium bestätigt worden waren und einen entsprechenden Antrag gestellt hatte.

Abg. Stapiński unterwirft die Verträge einer scharfen Kritik, führt bei seinen Behauptungen Beispiele an und schlägt folgende Entschließungen vor: 1. Die Regierung wird aufgefordert, die staatlichen Wälder nur für den Wiederaufbau von Wirtschaftsgebäuden, die durch den Krieg vernichtet worden sind, zu benutzen. 2. Das Ausbeutungsrecht soll Personen übergeben werden, die die günstigsten Bedingungen vorschlagen und entsprechende Sicherheiten geben, und zwar nur auf dem Wege einer öffentlichen Auktion. 3. Die für den Staat ungünstigen Verträge sollen bei der ersten besten Gelegenheit gekündigt werden. 4. Die Verträge sollen mit dem Augenblick ihre Verbindlichkeit verlieren, wo sich bei ihren Abschlüssen Einflüsse von seiten der Sejmabgeordneten herausstellen. 5. Die Beamten, welche für den Staat schädliche Verträge bestätigt haben, sollen dementsprechend bestraft werden, z. B. der frühere Vizeminister Dudek und Herr Mahr. Der Vorsitzende der obersten staatlichen Kontrollkammer Żarnowski erklärte, daß er durch die heutige Diskussion überrascht sei und nicht sachlich antworten könne. Er verspricht aber, Aufklärungen zu geben wenn das entsprechende Material gesammelt worden ist.

Der Abg. Geistlicher Nowakowski schlägt eine Resolution vor welche das Justizministerium als oberste Staatsanwaltschaft des Staates auffordert, unverzüglich energische Maßnahmen zu ergreifen, um das gefährdete Staatsinteresse zu sichern, diejenigen, welche sich in der Sejmdiskussion über die Holzverträge als schuldig erwiesen haben, zu bestrafen und binnen 3 Wochen dem Sejm darüber Bericht zu erstatten. Es sprachen noch die Abgg. Osiecki, Grzędzielski und Kiernik, welche die ihnen von dem Abg. Stapiński gemachten Vorwürfe zurückwiesen.

Der Berichterstatter Abg. Staniszki, einigte sich auf die in der Diskussion gestellten Anträge, machte aber Front gegen die Nennung von Namen in der letzten Entschließung des Abg. Stapiński.

Der Landwirtschaftsminister Raczyński erklärte, es müßten alle Mittel und Wege ausgenützt werden, welche die besprochene Angelegenheit aufklären könnten. In der Abstimmung wurden alle vorgeschlagenen Entschließungen angenommen, sowohl die Ausschuß-, als auch die Sejmentschließungen.

Es folgten die weiteren Beratungen über den Dringlichkeitsantrag des Abg. Mierzejewski über die Ostgrenze und über den des Abg. Geistl. Kaczyński über das **Überhandnehmen des Banditenunwesens.**

Innenminister Downarowicz: Man muß zugeben, daß die Grenze nicht genügend geschlossen ist. Aber man müßte die ganze bisherige Organisation des Grenzdienstes ändern, wollte man die Schließung fester gestalten. Der Minister weist auf die wichtigen politischen Interessen hin, welche den Ministerrat bewogen haben, Zollbataillone dem Innenministerium zur Verfügung zu stellen, trotz der erstlichen Bestimmung, daß die Grenzkontrolle vom Finanzministerium übernommen wird. Der Minister hofft, daß die Angelegenheit in kürzester Zeit zufriedenstellend gelöst wird. Der Redner ist nicht gegen den Antrag. Zur Besprechung des Banditenunwesens übergehend, weist der Innenminister darauf hin, daß 3500 Polizisten an die Ostgrenzen geschickt worden seien, und daß die nötigen Kredite fehlten, welche eine Vergrößerung der Polizei im Innern des Landes ermöglichen würden. Die Demobilisation, die große Zahl der Arbeitslosen, der Zustrom der Rückwanderer und die allgemeine Wirtschaftskrise, alles das sind Momente, welche erheblich dazu beigetragen haben, daß sich die Verhältnisse in bezug auf die öffentliche Sicherheit verschlechtert haben. Die Aktion, welche die Bekämpfung des Banditenunwesens im Auge hat, wird systematisch und energisch durchgeführt. Die weitere Aussprache wird vertagt.

Nach einem kurzen Bericht des Abg. Ryger nimmt die Kammer in 2. und 3. Lesung das Gesetz über Erhöhung der Teuerungszulagen für Witwen und Waisen von Veteranen an. Das Gesetz verpflichtet im ehem. preuß. Teilgebiet.

Dann wird die Interpellation der Abgg. Majewski, Gdyk und Waszkiewicz über die Beschlagnahme von Kohle in den Gruben für den Bedarf der Eisenbahn verlesen.

Der stellv. Eisenbahnminister Eberhard erklärt, daß die Versorgung der Eisenbahnen nicht zufriedenstellend sei und eine eingehende ziffernmäßige Beleuchtung erfordere. Deshalb beantragt er im Namen der Regierung, daß die Angelegenheit dem Ausschuß überwiesen wird.

Nächste Sitzung am Dienstag um 4 Uhr nachmittags.

Der Ministerrat gegen die Teuerung.

Warschau, 25. Februar. Auf der gestrigen Sitzung des Ministerrates wurde folgender Plan für die Bekämpfung der Teuerung bestätigt:

1. Denjenigen Industriellen und Kaufleuten, die größere Mengen an Waren besitzen, werden keine Ermäßigungen bei der Zahlung der Danina zuteil; dasselbe betrifft die Landwirte, welche größere Getreidevorräte besitzen.

2. Für die Dauer von 6 Wochen sind folgende Lebensmittel zollfrei: Reis, Mehl, Grütze, Makaroni, Gemüse, Kartoffeln, Milch, Konserven, Fleischkonserven, Käse, Butter, Schmalz, Margarine, Salz-, Räucherheringe usw.

3. Auf 6 Wochen werden die Zollgebühren für jegliche Art von Schuhen, mit Ausnahme von Lackschuhen, für gewöhnliche Be-

kleidung und Wäsche, mit Ausnahme von Seide und Leinwand, aufgehoben.

4. Die Ausfuhr von Eiern ist verboten.

5. Die Waren in den Schaufenstern müssen mit Preisangaben versehen sein.

6. Für die Einfuhr von Lebensmitteln werden Eisenbahntransportermäßigungen eingeführt.

Der Kampf gegen die Seuchen.

Warschau, 25. Februar. Der Ministerpräsident Ponikowski hat am 24. d. Mts. die Antwort vom Präsidenten des Völkerbundrates Hymans auf seinen Vorschlag, in Warschau eine internationale Konferenz zur Bekämpfung der Seuchen einzuberufen, erhalten. Hymans teilt in dieser Depesche mit, daß er nach Verständigung mit anderen Mitgliedern des Völkerbundrates die einmütige Zustimmung des Rates erzielt habe, welcher die Anregung Polens annehme. Der Völkerbundrat bemerkt, daß der Entwurf der Konferenz im Einvernehmen stehe mit der letzten Entschließung der Versammlung des Völkerbundrates. Gemeint sind hier die Sonderkonferenzen, die unter Teilnahme des Völkerbundes organisiert werden können. Der Völkerbundrat heißt in allgemeinen Umrissen den Entwurf der Tagesordnung der Konferenz gut und schlägt die Zusammenberufung dieser Konferenz für den 15. März d. Js. in Warschau vor. An dieser Konferenz werden teilnehmen die technischen Vertreter jener europäischen Staaten, die sich für die Bekämpfung der Seuchen interessieren. In Betracht ziehend, daß die Konferenz und ihre Arbeiten in den Rahmen der allgemeinen Organisation des Völkerbundes fallen, gibt Hymans bekannt, daß er sich an den Generalsekretär des Völkerbundes Sir Erick Drumond um unmittelbare Verständigung mit dem polnischen Ministerpräsidenten gewandt habe, damit dieser die notwendigen Schritte einleite, um die Teilnahme des Völkerbundes an dieser Konferenz zu sichern.

Aus Oberschlesien.

Die Zollgrenze in Oberschlesien.

Warschau, 25. Februar. Die Vorbereitungen zur Organisation des polnischen Zolldienstes an der neuen polnisch-deutschen Grenze Oberschlesiens sind nunmehr abgeschlossen. An der Spitze des Dienstes wurde Regierungsrat Kwisek, bisher in deutschen Diensten, berufen. Über 2000 Zollbeamte sind in Aussicht genommen worden.

Die Gleiwitzer Zwischenfälle.

Beschwerde der deutschen Regierung.

Berlin, 24. Februar. Die Reichsregierung wird wegen der Erschießung eines Wachtmeisters in Gleiwitz durch einen französischen Soldaten bei der Interalliierten Kommission vorstellig werden. Der amtliche Bericht des Kommandierenden Generals des Gleiwitzer Gebietes gibt den Tatbestand zu und meldet, daß der Schuldige sofort verhaftet und dem Kriegsgericht überliefert wurde.

Um so energischer, so schreibt der „Vorwärts", muß es zurückgewiesen werden, wenn der Bund „Neues Vaterland" durch ein Berliner Depeschenbureau eine die Tatsachen entstellende Information verbreiten läßt, nach der der Polizeiwachtmeister, als er einen Streit zwischen Polen und Deutschen zu schlichten versuchte, von Zivilisten erschossen worden ist. In der Veröffentlichung des Bundes „Neues Vaterland" heißt es ausdrücklich: In keinem Falle ist ein einziger französischer Soldat weder mittelbar noch unmittelbar an dem Vorfall beteiligt gewesen. Der Bund ist so taktvoll, an seine „aus sehr zuverlässiger Quelle" stammenden Informationen, deren Bestätigung zum mindesten einmal abgewartet werden müßte, schulmeisterliche Salbadereien zu knüpfen. **Wir sind keine Freunde von chauvinistischer Hetzerei, aber wir müssen gestehen, daß uns das Flagellantentum gewisser Kreise, die blindlings überall eine deutsche Schuld aufspüren, noch tausendmal widerwärtiger ist. Eine derartige Gerechtigkeitsliebe ist bestenfalls — selbstgerecht. Mit Völkerversöhnung hat sie nichts zu tun, es sei denn, daß sie Brunnen, die man mühevoll wieder aufzudecken im Begriff ist, von neuem zuschüttet.**

Botschafterkonferenz in Petersdorf.

Die Botschafterkonferenz in Paris hat zu den Ereignissen in Petersdorf-Gleiwitz in Oberschlesien Stellung genommen. Es wurde beschlossen, noch einen ergänzenden Bericht der alliierten Kommission in Oberschlesien zu verlangen. Der „Temps" folgert aus der angeblichen Tatsache, daß der vorliegende Bericht von drei Mitgliedern, einem Franzosen, einem Engländer und einem Italiener unterzeichnet ist, daß die Verantwortung der deutschen Regierung damit festgestellt sei.

Lloyd George und Poincaré.

Die für Sonnabend geplante Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Poincaré findet nicht, wie gestern gemeldet, in Paris, sondern vermutlich in Boulogne oder Calais statt. Der Ort wird allerdings offiziell immer noch geheim gehalten.

Der „Temps" berichtet, die französische Regierung habe am letzten Sonntag, gleich nach Empfang der Mitteilung, daß Lloyd George eine Besprechung mit Poincaré beschlossen habe, dem Londoner Kabinett mitgeteilt, Frankreich und England müßten sich vor einer Unterhaltung über drei Grundfragen verständigen. Es müsse zunächst eine Einigung darüber bestehen, daß die Friedensverträge in Genua nicht zur Diskussion gestellt werden dürften, daß die Wiedergutmachungsfrage nicht erörtert werde und daß die Zuständigkeit des Völkerbundes nicht angetastet werden darf. Nach den Versicherungen, die Frankreich von England daraufhin erhalten habe, scheine nun die Einigkeit über die drei Fragen erzielt zu sein. Frankreich hat aber, wie der „Temps" andeutet, darum ersucht, daß die Verständigung über die drei Fragen vor der Zusammenkunft schriftlich festgesetzt und veröffentlicht werde. Nach den Andeutungen des „Temps" würde man auf die vorherige Veröffentlichung nicht bestehen, falls es England lieber sehen sollte, daß die Veröffentlichung erst nach der Zusammenkunft erfolgte. Poincaré scheint aber die vorherige schriftliche Formulierung der Verständigung als conditio sine qua non für die Zusammenkunft zu betrachten.

Der „Temps" führt im Anschluß an diese Mitteilungen aus, England scheine vorschlagen zu wollen, daß der Völkerbund mit der Ausführung der Beschlüsse von Genua betraut werde. Dieser Gedanke sei ausgezeichnet, nur muß verhütet werden, daß der Völkerbund mit einer Mission betraut werde, die dem Friedensvertrage widerstrebe. So könnte natürlich keine Rede davon sein, daß der Völkerbund, wie Nitti vorgeschlagen habe, die Aufgaben des Wiedergutmachungsausschusses übernehme.

Der „Temps" regt weiter an, zweifellos im Sinne der französischen Regierung, daß vor Beginn der Konferenz von Genua folgende Grundsätze vereinbart werden: Im Falle eines Versuches der Wiedereinsetzung von Hohenzollern oder Habsburgern würde die Einmischung von fremder Seite zulässig sein; die Anerkennung der Sowjetregierung kann erst nach Durchführung der Reformen, die zum Schutze der Fremden erforderlich sind, erfolgen. Die Sowjetregierung darf zwischen den verschiedenen fremden Staatsangehörigen, die Schuldforderungen an Rußland haben, keinen Unterschied machen, sondern muß alle Gattungen von Schulden in gleicher Weise berücksichtigen.

Deutschlands und Rußlands Stellung in Genua.

Professor Hoetsch schreibt in der „Kreuzzeitung": Wenn man Deutschland jetzt warnt, um einer aussichtsvolleren Zukunft willen jetzt nicht nach Genua „Arm in Arm mit Lenin und Trotzki die Entente in die Schranken zu fordern", weil man dadurch Feind des wirklichen Rußland werde, so ist dagegen zu sagen, daß Deutschland gegen diese zwangsläufige Entwicklung gar nicht ankommt. Kommt die Konferenz von Genua zustande unter Heranziehung Deutschlands und Rußlands als gleichberechtigte Teilnehmer, so stehen beide, gleichgültig, welche Staatsform bei ihnen gilt, eben nebeneinander und wenn nicht in gleicher, so doch in ähnlicher Lage, und wir wären Toren, wollten wir nicht, was uns diese Lage Günstiges gewährt, ausnutzen.

Rußlands Vorarbeiten für Genua.

Riga, 24. Februar. Krassin ist bereits in Moskau eingetroffen und hat dem mit den Vorbereitungen für Genua beauftragten Sonderausschuß über die internationale Wirtschaftslage und die Haltung der verschiedenen europäischen Regierungen Rußland gegenüber berichtet. Der Ausschuß beschleunigte seine Arbeiten, und man richtet sich darauf ein, zu dem ursprünglich festgesetzten Konferenztermin fertig zu sein. Nach Abschluß der Vorarbeiten wird man sich mit Rom in Verbindung setzen, damit die Sowjetdelegierten rechtzeitig abreisen können. Man beabsichtigt auch die Frage der Hilfe für die Hungernden auf der Genueser Konferenz anzuschneiden.

Um den Frieden zwischen Angora und Griechenland.

London, 24. Februar. Aus Konstantinopel wird berichtet, daß die Bedingungen Angoras für den Friedensschluß mit Griechenland folgende sind: Der Status quo der Vorkriegszeit in der Türkei und in Konstantinopel, die Anerkennung der Unabhängigkeit der Türkei in militärischer, finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht; die bedingungslose Rückerstattung Smyrnas; Autonomie für Westthrazien; Rückerstattung Ostthraziens; Zahlung einer Kriegsentschädigung durch Griechenland.

Allianzvertrag Frankreichs mit der Kleinen Entente.

Aus Belgrad wird gemeldet, daß die Zeitung „Nowosti", das Blatt der Regierung, das über die serbische Außenpolitik stets wohl informiert ist, eine Nachricht veröffentlicht, nach der der tschecho-slowakische Ministerpräsident Benesch aus Anlaß seines Aufenthalts in Paris im Namen der Kleinen Entente einen Allianzvertrag unterzeichnet habe. Dieser Allianzvertrag ist unterschrieben von Poincaré und Benesch.

Die Staaten der Kleinen Entente verpflichten sich in diesem Vertrage, Frankreich Hilfe zu leisten, im Falle daß es von Deutschland angegriffen wird. Frankreich verpflichtet sich seinerseits, die Staaten der Kleinen Entente zu unterstützen, im Falle daß sie von Deutschland oder von einer dritten Macht angegriffen werden. Die Allianz sei auf die Dauer von fünfzig Jahren abgeschlossen.

Das Blatt „Nowosti" fügt hinzu, der Allianzvertrag sei als Entwurf gedacht und soll der Kleinen Entente unterbreitet werden, um dann veröffentlicht zu werden.

Polen und die Kleine Entente.

Warschau, 23. Februar. Der kommunistische Krakauer „Czas" bespricht heute die vorgestrige Erklärung des polnischen Außenministers Skirmunt, daß Polen der Kleinen Entente nicht angehöre, und gelangt zu der Ansicht, daß Skirmunt formell, aber nicht tatsächlich recht habe. Formell gebe es überhaupt keine Kleine Entente, da ein dahingehender Vertrag zwischen Tschechien, Rumänien und Jugoslawien nicht bestehe. Nur rein konventionell nenne man die politische Kombination dieser drei Staaten die Kleine Entente, deren Zusammengehen in den beiden Hauptfragen, nämlich im gemeinsamen Vorgehen gegen Deutschland und gegen Sowjetrußland überdies bisher nicht gelungen sei. Da Polen aber in der ungarischen Frage Hand in Hand mit den obigen drei Staaten gegangen sei und jetzt mit ihnen auch gemeinsame Verhandlungen in Belgrad abzuhalten gedenke, habe Westeuropa zweifellos ein volles Recht, Polen als faktisch zur Kleinen Entente gehörend oder jedenfalls als deren Hospitanten zu betrachten.

Der „Czas" warnt vor einer derartigen Zugehörigkeit, die vielleicht dem polnischen Lande einigen Nutzen, aber zweifellos mehr Schaden bringen müsse und verlangt von Skirmunt, daß er auf der Genueser Konferenz deutlich beweise, daß Polen auch faktisch nicht zur Kleinen Entente gehöre.

De Nicola lehnt ab.

Rom, 24. Februar. Der „Corriere d'Italia" meldet, daß der Kammerpräsident De Nicola den Auftrag zur Kabinettsbildung definitiv abgelehnt, jedoch dem König empfohlen habe Orlando mit der Bildung des Kabinetts zu betrauen. Orlando wurde darauf heute nachmittag vom König empfangen.

Zur Ablehnung De Nicolas wird noch gemeldet: De Nicola und Orlando waren bereit, ein Kabinett unter der Bedingung zu bilden, daß der frühere Minister im Kabinett Giolitti, Feta, in das neue Kabinett eintrete. Dieser lehnte jedoch ab, worauf Orlando und De Nicola von einem weiteren Versuche, ein Ministerium zustande zu bringen, Abstand nahmen.

Rom, 24. Februar. Nachdem De Nicola und Orlando es abgelehnt haben, das Kabinett zu bilden, hat der König heute nachmittag u. a. Giolitti empfangen.

Giolitti im Kampf der Parteien.

Die ungewöhnlich lange Dauer der Krise verschärft die Gegensätze stündlich. Die Anhänger Giolittis haben auf das Veto der Populari gegen ihre Führer bestimmt, daß keiner von ihnen an einer anderen Kombination teilnehmen dürfe, die die Populari gutheißen. Als daher de Nico mit Orlando bereit war ein Kabinett zu bilden, jedoch unter der Bedingung, daß die Giolittianer aus ihren Reihen Facta daran teilnehmen ließen, lehnte Facta ab, worauf auch de Nicola und Orlando ablehnten. Der König hatte heute erneut Rücksprachen mit den Parteiführern, die noch keine Klarheit brachten. Der Kampf geht heute ganz offensichtlich um die Person Giolittis, der, wenn er zum erstenmal in seinem Leben auch wirklich wollte, doch am Können verhindert wird. Er bleibt aber immer stark genug, auch anderen ein Bein zu stellen. Da es jetzt förmlich um das Prestige eines Mannes geht, erscheint die Schärfe der Debatte verständlich.

Der wahre Grund der hartnäckigen Ablehnung Giolittis durch die Populari ist unklar. Informierte wollen wissen, daß auch außenpolitische Gründe mitspielen. Man will wissen, daß Giolitti Genua aus einem ähnlichen Gesichtswinkel ansieht wie Poincaré. Die Haltung der Populari erscheint jedoch am erklärlichsten, wenn man daran denkt, daß die ganze Krise von einem Angriff der Demokraten unter der Leitung Giolittis gegen die Populari ausging. Das „Giornale d'Italia" schreibt heute, wenn der König nicht baldigst eine

Das Geheimnis vom Brintnerhof.

Roman von Erich Ebenstein.

(Urheberschutz 1918 durch Greiner & Comp., Berlin W. 30).

(Schluß.) (Nachdruck untersagt).

Gott weiß es ja, daß ich ihm ernstlich nie etwas Böses wünschte — aber ein gutes Sein hat er nicht gehabt neben uns! Denke selbst, wenn unsere Kinder uns einmal so behandeln würden, wie wir ihn! So ist's mir klar geworden allmählich, daß wir, was uns getroffen hat, auch geduldig hinnehmen müssen als verdiente Strafe — nicht für etwas, das man uns angedichtet hat, sondern für das, was wir wirklich verschuldeten: für unsere Härte und Lieblosigkeit an dem alten Mann!"

Sie schwieg. Ihr Mann aber, der sie nie so reden gehört hatte, starrte sie sprachlos an wie ein Wunder.

Also auch ihr war das aufgegangen, was ihm hundertmal das Gewissen beschwert hatte in schlaflosen Nächten!

Konrad Fercher, der gleichfalls überrascht aufgehorcht, rief jetzt fröhlich: „Das war einmal ein gutes, braves Wort von Ihnen, Frau Justina! Jetzt merk ich's erst, daß Sie doch auch ein Stück von meiner Marei in sich tragen, und um diesen Preis bin ich gern im Gefängnis gesessen!"

Andres fand auch endlich wieder die Sprache. Er zog Justina in einen Winkel beiseite und blickte ihr in die Augen.

„Und darum fragst gar nicht, warum ich Dich zuerst als Mörderin angegeben habe?"

„Du mein — wirst halt vor Schrecken über die Verhaftung gar nicht gewußt haben, was Du redest!"

„Nein, Justina, nein ... das allein war's nicht. Aber Du sollst es jetzt wissen: närrisch war ich vor Eifersucht! Die Bachwirtin hat mir so viel vorgeredet von Dir, und Konrad ... Da bin ich ganz verrückt geworden darüber ... und hab' mich rächen wollen an Dir — und ihm!"

Justina starrte ihn erbleichend an.

„Das hast Du geglaubt? Du — von mir?

„Zuerst ja! Später nicht mehr. Aber anfangs war nur das in mir, und alles andere war mir gleichgültig ..."

„Andres! Es ging um unser aller Leben!"

Er senkte zerknirscht den Kopf.

„Sei nicht hart mit mir, Justina! Schau, gerade weil Du auch mit mir so hart und lieblos warst in der letzten Zeit, hab' ich's geglaubt! Und ich hab' Dich lieb, Justina. Du bist mir viel!"

„Hart war ich, weil Du Dich dem Trunk immer mehr ergeben hast! Auch ich habe Dich lieb, Andres, und hab's nicht verwinden können, daß Du immer tiefer heruntergesunken bist."

„Es soll nie mehr geschehen, Justina, ich schwöre es Dir heute, wo wir beide ein neues Leben anfangen wollen!"

„O Andres! Wenn Du das halten könntest! Wie glücklich würden wir leben!"

„Ich werde es! Der Doktor im Spital hat mir ja gezeigt, wohin ich kommen würde, wenn ich das Trinken nicht lasse. Da waren Leute, Justina — ich kann Dir's nicht beschreiben, wie schrecklich die waren! Seitdem habe ich einen Ekel vor allem Trinken. Und brauche ich denn Wirtshäuser? Hab' ich nicht Dich und die Kinder und unsern schönen Hof?"

„Ein neuer Mensch! Ein neues Leben!"

Tiefaufatmend trat Justina über die Schwelle ihres Heims, wo ihr die Kinder entgegensprangen und ihr Kommen von Marei, Toni und Stina mit lauter Freude begrüßt wurde.

Nachdem der erste Jubel sich gelegt hatte, befanden Justina und Andres sich plötzlich mit den Kindern allein. Die andern waren verschwunden.

Marei saß unten in der Bohnenlaube in seligem Geflüster mit Konrad Fercher. Bastl aber trat in Tonis Stube.

„Toni," sagte er verlegen lächelnd, „nun ist's für mich so weit, daß ich zurück nach Losendorf muß. Die droben brauchen mich nicht mehr, und ich —"

„Was — fort willst Du?" stammelte sie erschrocken.

„Ja. Morgen früh schon. Ehe ich aber gehe, muß ich Dich noch etwas fragen. Schau — Das Alleinsein in Losendorf täte mich jetzt doppelt hart ankommen ... und Du bist ja nun, wo Dein Bruder wieder die Leitung hier übernimmt, auch nicht mehr vonnöten hier am Brintnerhof. Was meinst ... wenn ich Dich bitten täte: Komm zu mir nach Losendorf als mein liebes Weib? Es ist schön bei uns unten, und gefallen tät's Dir gewiß ... was ich Dir an den Augen absehen könnte, würde ich Dir tun."

Tonis Augen füllten sich mit Tränen, aber sie blickte nicht zu ihm auf.

„Hast mich denn wirklich lieb?" murmelte sie mit erstickter Stimme halb ungläubig.

„Da schlangen sich zwei starke Arme um sie, und Bastls Stimme sagte herzlich: „Mußt mich das wirklich erst noch fragen, Du? Hast es nicht längst gemerkt? Wenn nur Du mich auch so magst —"

„O ich, ... ! Mein Glück und Leben bist, Bastl, seit Du mir damals zugeredet hast, am Brintnerhof zu bleiben!"

* * *

Zur selben Stunde trugen es die Hucker und Schuster Siffl brühwarm von Haus zu Haus: „Sie sind schon da, die Freigesprochenen! Ganz unversehens sind sie vor einer Stunde heimgekommen! Und die Hoffart hat die Brintnerin in der Stadt vergessen — schier liebreich hat sie alle Hausleute begrüßt, als wären sie leibhaftige Geschwister von ihr!"

Da litt es die Kalkreuter nicht länger daheim. So gehässig man Justina einst nachgeredet hatte, als sie verhaftet wurde, so wohlwollend gedachte man ihrer jetzt. Es war, als ob das öffentliche Gewissen erwacht wäre und jeder sich im stillen sagte: Du hast ihr auch unrecht getan, jetzt eile Dich, es gut zu machen!

Und plötzlich erinnerte sich jedermann, daß man doch „eigentlich immer gut mit dem Brintnerhof gestanden war" und also wohl die Pflicht habe, den Heimgekehrten einen freundlichen Willkomm zu bieten.

So kam es, daß auf einmal eine kleine Völkerwanderung aus Kalkreut auf den Brintnerhof entstand ...

* * *

Die Verhandlung gegen den Geschäftsleiter der „Sonne" konnte nicht durchgeführt werden.

Als man Valentin Foregger eines Morgens zum Verhör aus der Zelle holen wollte, fand man ihn erhängt an der Türschnalle.

Dies war die letzte Sensationsnachricht, welche in dem Fall Brintner die Kalkreuter in Aufregung versetzte.

Lösung fände, müsse er nach der Verfassung den ältesten Expräsidenten, also Giolitti, endgültig damit beauftragen, vor die Kammer zu treten und falls er unterliegt, diese aufzulösen. Es sei jedoch anzunehmen, daß die Kammer eine mittlere Lösung der Krise etwa mit Facta oder aber mit Bonomi einem solchen Radikalmittel vorziehen werde.

De Valeras Programm.

In einer Sitzung des Dubliner Konvents der Sinnfeinorganisation hat De Valera mitgeteilt, es sei zwischen den Führern ein Abkommen getroffen worden dahingehend, daß

1. der Konvent um drei Monate vertagt würde, um den Unterzeichnern des Londoner Abkommens Zeit zu geben, die Verfassung des Freistaates auszuarbeiten, daß
2. das Dail Eirean seine Tätigkeit fortsetzen sollte und daß keine Abstimmung im Dail Eirean als ein Parteivotum betrachtet werden dürfte, das den Rücktritt des Präsidenten und der vorläufigen Regierung zur Folge haben müßte.

In der Zwischenzeit sollen keine Parlamentswahlen abgehalten werden. Nach Vornahme der Wahlen soll die Verfassung des Freistaates in ihrer endgültigen Form zugleich mit den Artikeln des Londoner Abkommens den neugewählten Vertretern unterbreitet werden um sie instandzusetzen. Diese Vereinbarung zwischen den Parteiführern wurde von der Versammlung unter großen Beifallskundgebungen einstimmig angenommen.

Ein französischer Reparationsauftrag an Deutschland.

Paris, 24. Februar. **Unter Bezugnahme auf die Bestimmungen des Friedensvertrages, der die Alliierten ermächtigt, von Deutschland ihren gesamten Bedarf an Materialien für den Wiederaufbau der wirtschaftlichen Tätigkeit in den alliierten Ländern zu fordern, wird der französische Arbeitsminister Le Troquet an Deutschland große Bestellungen auf Reparationskonto erteilen. Es handelt sich um Eisenbahnschienen und um die Ausstattung großer Elektrizitätswerke, deren Errichtung im Rhone-Departement geplant ist.**

Frankreich will die Rheinlinie.

Der neugewählte Stadtmarschall Fayelle hat in Brüssel einen Vortrag über den großen Koalitionskrieg mit Deutschland oder richtiger gesagt gegen Deutschland gehalten. Fayelle führte u. a. aus, das deutsche Kriegsziel sei die „Ausübung der Vorherrschaft in Europa und in der Welt gewesen". (!) Die Hoffnungen des Feindes seien gescheitert, der leidenschaftliche Hang zum Bösen sei jedoch trotzdem geblieben. Deutschland sei durch „übertriebene Großmut" vor dem größten militärischen Zusammenbruch gerettet worden. Für die Franzosen bliebe als einzige Garantie die Besetzung der Rheinlinie auf ewige Zeiten.

Eisenbahner und Minister Groener.

Für Donnerstag vormittag war eine Besprechung zwischen Reichsverkehrsminister Groener und dem Verhandlungsausschuß der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter und -Anwärter angesagt. Die Besprechung kam aber nicht zustande, da der Reichsverkehrsminister es ablehnte, mit einer Kommission zu verhandeln, der Beamten angehörten, gegen die ein Disziplinarverfahren schwebe. Der Reichsverkehrsminister beharrte auf seinem Standpunkt, trotzdem der Vertreter der Reichsgewerkschaft darauf hinwies, daß sie in der gleichen Zusammensetzung mit dem Reichskanzler verhandelt hätten.

Der so ausgebrochene Konflikt zwischen Reichsverkehrsminister Groener und der Verhandlungskommission der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter und -Anwärter in der Disziplinierungsfrage ist noch nicht beigelegt. Die Reichsgewerkschaft steht auf dem Standpunkte, daß die Verhandlungskommission ihr Mandat vom erweiterten Vorstand erhalten habe und nicht ohne weiteres ihrer Funktionen entkleidet werden könne. Außerdem seien die Mitglieder der Kommission nicht als Untergebene, sondern als Gewerkschaftsvertreter zu betrachten, weil sonst von der Gleichheit der Kontrahenten keine Rede sein könne. Deshalb besteht bei der Reichsgewerkschaft auch keine Neigung, die Verhandlungskommission in der Weise zu ergänzen, daß an die Stelle derjenigen Beamten, gegen die ein Verfahren eingeleitet worden ist, unbelastete Persönlichkeiten gewählt werden.

Der Vorstand der Reichsgewerkschaft wird sich schon morgen mit der ablehnenden Haltung des Ministers Groener beschäftigen. Heute hat eine Deputation der Reichsgewerkschaft erneut beim Reichskanzler vorgesprochen und ihm Material übergeben, das Aufschlüsse über Verfahren gegen Beamte einzelner Eisenbahndirektionen enthält.

Eine neutrale Stimme über das Saargebiet.

Joseph Halperin, der Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung", der man Voreingenommenheit zugunsten Deutschlands gewiß nicht vorwerfen kann, hat kürzlich das Saargebiet bereist und seine Eindrücke in einer Reihe von Artikeln in dem Züricher Organ niedergelegt. Diese Artikelserie, die jetzt abgeschlossen ist, schildert in objektiver, aus allen Informationsquellen schöpfender Darstellung die tatsächlichen Verhältnisse, wie sie sich jetzt im Saargebiet herausgebildet haben.

Katastrophale Folgen hatte die Einführung der **Frankwährung**, die entgegen der Meinung aller politischen Parteien mit Ausschluß der Unabhängigen und Kommunisten erfolgte. Während der Markbaisse belief sich der Tagesverdienst des Bergarbeiters auf 300 bis 400 Mark. Die Folge dieser unnatürlichen Verhältnisse war eine solche Teuerung, daß die Markempfänger ihren Bedarf an Lebensmitteln und Kleidern außerhalb des Saargebiets decken mußten. Die Valutaspekulation nahm groteske Formen an. Es kam vor, daß Arbeiter auf drei Monate hinaus ihren Franklohn verkauften. Für Steuerzwecke wurde ein Frank gleich 3 Mark gesetzt, was, da der wahre Wert ein Vielfaches beträgt, zu einer „legalen Steuerdefraudation" schlimmster Art führte. Dagegen erkennt Halperin an, daß es der Regierungskommission gelungen ist, „die Finanzen in beneidenswerter Weise zu ordnen".

Eine schwere Enttäuschung war es für die Bevölkerung, daß nach der Entlassung der deutschen Beamten in der Hauptsache Franzosen, vielfach frühere Offiziere, den Verwaltungsdienst verrichteten. „Wie, die höchste Instanz der politischen Menschheit war nur eine Verkleidung für französische Machtinteressen?" Die Wohnungsnot wurde durch die französischen Offiziere, zahlreiche Beamte und französischen Kaufleute mit Familien aufs äußerste gesteigert. Mittelstand und Kleinrentner litten besonders unter der Teuerung. **Amerikanische Liebesgaben** wurden, im Gegensatz zu Deutschland, mit Zoll belegt. So mußte eine Sendung von zwei Ballen Kleidungsstücken, die für den verarmten Mittelstand bestimmt waren, zurückgeschickt werden, weil die Empfänger die hohen Zollkosten nicht tragen konnten. Den Franzosen wird die Einreise ohne weiteres gestattet, Deutsche werden oft abgewiesen. Die Gewerkschaften klagen, daß ihre Sekretäre nicht zugelassen werden. So wurde auch der Reichstagsabgeordnete Hue kürzlich abgewiesen. Selbst Kranke und Sterbende durften von ihren Verwandten aus dem Reich nicht besucht werden. „Die Stimmung wird dadurch gekennzeichnet, daß die Arbeiter die jetzigen Zustände viel schlimmer finden als das preußische System, das sehr unbeliebt war." Ich erhielt den Eindruck, so schließt Halperin diesen Abschnitt, „daß der Verwaltungsapparat der Regierungskommission **engherzig, bureaukratisch und in einem bestimmten französischen Sinne arbeitet**".

Besonders interessant ist die Stellungnahme Halperins gegenüber den fünf Mitgliedern der Regierungskommission. Allgemein geachtet ist der Kanadier Waugh, der charakteristischerweise bei seinem Empfang durch französisches Militär mit der Marseillaise begrüßt wurde. Der Belgier Lambert tritt wenig hervor. Das saarländische Mitglied Dr Hector wird von seinen Landsleuten zu den „als Französlinge geltenden Outsiders" gerechnet, und der dänische Graf v. Moltke-Huitfeld gilt für französischer als die Franzosen. Der Präsident der Regierungskommission Staatsrat Rault, hat nach Halperins Darstellung als alter Anhänger der Völkerbundidee den festen Willen, sein Amt in diesem Sinne zu verwalten, hat aber als reiner Administrativbeamter keinerlei Fühlung mit der Bevölkerung, deren Sprache er nicht spricht und deren Gesinnung er nicht kennt. Als Halperin einmal erzählte, daß er mit dem Präsidenten eine einstündige Unterredung hatte, sagte ihm jemand: „Dann haben Sie ihn länger gesehen als je ein Saarländer." Das Kapitel über die Verwaltungspolitik schließt mit folgenden Sätzen: „Die Saarländer fühlen sich von Herrn Rault und seinen Organen als **Bürger zweiter Klasse** behandelt. Von vielen Saarländern, die den verschiedensten sozialen Schichten angehören, wurde mir berichtet, daß die Bevölkerung **Haß gegen die Franzosen** empfinde, und es wurde immer gesagt, daß sie den früher nicht gekannt habe."

Halperin kommt schließlich zu folgenden Ergebnissen: der Forderung nach einem Saarparlament, dieser „im höchsten Sinne moralischen Forderung", muß entsprochen werden. Damit würde die Regierung „aus dem Dunkel des absolutistischen Geheimnisses heraustreten". Die französischen Okkupationstruppen, deren Verbleib dem Versailler Vertrag widerspricht, müssen zurückgezogen werden. In die Kreise der Kommission gehört ein Mitglied, das das Vertrauen der Bevölkerung hat. Deshalb sollte der jetzige saarländische Vertreter, Dr. Hector, auf sein Mandat verzichten. Der Vorsitzende muß die Landessprache beherrschen. „Es geht nicht nur um das Los von 700 000 Menschen, auch um die moralische Autorität des Völkerbundes". Die Herrschaft des Saargebiets müßte vom Völkerbund so vorbildlich gestaltet werden, daß am Schloß zu Saarbrücken neben der schlichten Tafel, die die Worte trägt: „Hier weilte Goethe im Juni 1770", spätere Geschlechter ergriffen ausrufen müßten: „**Hier regierte der Völkerbund 1920 bis 1935.**"

Sowjetrußland.

Französisch-russische Verhandlungen in Moskau.

Riga, 23. Februar. (Telunion.) Aus Moskau wird berichtet daß dort seit einigen Tagen eine französische Mission, bestehend aus mehreren Mitgliedern der französischen Industrie- und Bankkreise, weilt und mit der Sowjetregierung verhandelt. Es verlautet, daß die Mitglieder der französischen Mission sich über den Gang der Verhandlungen und über das Entgegenkommen der Sowjetregierung sehr befriedigend ausgesprochen hätten. In Libau ist ein französisches Schiff eingelaufen, das angeblich französische Erzeugnisse für Sowjetrußland an Bord hatte.

Rußlands Rückkehr zur Goldwährung.

Der Rat der Volkskommissare hat beschlossen, vom 1. Februar an die Personentarife auf der Eisenbahn in Vorkriegsrubeln festzusetzen die im Juni 1917 in Geltung waren, und zwar in Höhe von 50% der Tarifsätze, die Gütertarife ebenso auf 50% der Tarifsätze die im Januar 1921 Geltung hatten.

Die Handelskammer des Nordwestgebiets hat beschlossen, die Kommission für die Preisregulierung beim Petersburger Volkswirtschaftsrat aufzulösen und anzuordnen, daß alle Geschäfte in Goldwährung abgeschlossen werden.

Das wäre der Versuch einer Goldwährung ohne Gold. In Rußland sind die unmöglichsten Experimente schon gemacht worden warum sollte nicht auch einmal ein vernünftiger Gedanke auf den Schild erhoben werden — selbst wenn zunächst die Voraussetzungen für seine programmäßige Durchführung noch fehlen. Aber dieser Versuch ist ein neuer Beweis dafür wie restlos die kommunistischen Theorien in Rußland Schiffbruch gelitten haben und wie völlig Rußland auf die kapitalistischen Methoden sich umstellen muß, will es wieder in die Höhe kommen.

Politische Tagesneuigkeiten.

Eine sensationelle Verhaftung. Der erste Direktor der China-Bank, Jernotte, wurde am Mittwoch verhaftet und in Untersuchungshaft gesetzt.

Ein amerikanischer Geschäftsträger in Irland? Die Ernennung eines amerikanischen diplomatischen Vertreters für Irland soll, wie bestimmt verlautet, unmittelbar bevorstehen.

Die Verfassung Palästinas. Der Verfassungsentwurf Palästinas wurde der zurzeit in London weilenden arabischen Delegation sowie den Zionisten mitgeteilt und ist nach einer ausführlichen Diskussion mit den interessierten Teilen ergänzt worden. Dem Regierungsentwurf zufolge wird die ausführende Macht in Palästina in den Händen des Oberkommissars verbleiben, die Gesetzgebung wird dagegen einem aus gewählten und ernannten Mitgliedern bestehenden Rate übertragen werden.

Deutsches Reich.

**** Hilfswerk der Landwirtschaft und Landmaschinenindustrie.** Die Mitwirkung der deutschen Landmaschinenindustrie an dem Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft wird zunächst in einer vom Wirtschaftspolitischen Ausschuß der Landmaschinenindustrie unter Mitwirkung bekannter Fachleute aus den Gebieten der Wissenschaft und Betriebsrätepraxis bearbeiteten agrartechnischen Denkschrift zum Ausdruck gelangen. In dieser systematischen Sammlung fachlicher Erörterungen und praktischer Vorschläge sollen alle Möglichkeiten einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion durch vermehrte und verbesserte Anwendung technischer Mittel und Maßnahmen dargelegt werden. Dabei wird im Vordergrunde die Frage gesteigerter mechanischer Bodenbearbeitung stehen, sei es zwecks Urbarmachung von Ödland, sei es zur Erzielung eines größeren Wirkungsgrades der bebauten Fläche.

**** Ein Steuerstreik auf Rügen.** Gemäß einem Beschluß des Rügenschen Kreistages, zur Deckung des Geldbedarfs ein fünftes Steuervierteljahr zu erheben, haben die Rügenschen Gemeinden ebenfalls beschlossen, ein fünftes Steuervierteljahr von den Trägern der Realsteuern einzuziehen. Gegen diese steuerliche Neubelastung richtet sich, wie der „Rügenschen Ztg." gemeldet wird, überall eine starke Abwehrbewegung, die sich in einigen Gemeinden bereits bis zum Steuerstreik verdichtet hat. So wurden in einer Sitzung der Ortsgruppe Putbus der Gewerblichen Vereinigung nach einer sehr lebhaften Debatte beschlossen, in den Steuerstreik zu treten, d. h. es sollen die zuständigen Behörden benachrichtigt werden, daß die Gewerbetreibenden nicht mehr in der Lage sind, die ihnen neuerlich auferlegten Steuerlasten zu tragen. Sie verweigern daher die Zahlung des fünften Steuervierteljahres mit dem Bemerken, daß die Lasten mehr auf die Allgemeinheit verteilt werden müssen. Den Hinweis, daß eventuell die zwangsweise Beitreibung der Steuern erfolgen werde, wird mit dem Einwurf begegnet, daß man es dann eben zur Pfändung von Mobilien kommen lassen müsse. Der gleiche Beschluß, in den Steuerstreik einzutreten, ist zu Beginn der Woche in der Ortsgruppe Bergen der Gewerblichen Vereinigung gefaßt worden. In anderen Ortsgruppen werden ähnliche Beschlüsse erwartet.

Freistaat Danzig.

Die Verteilung des ehemals deutschen Staatsgutes in Danzig.

Nach einer beim Senat eingegangenen Mitteilung wird der interalliierte Ausschuß für die Verteilung des ehemalig deutschen Staatsguts in Danzig gegen den 1. März wieder zusammentreten.

***† Um den Eisenbahntarif.** In der Donnerstag-Sitzung des Danziger Volkstages wurden trotz der Proteste der polnischen Abgeordneten die Beratungen über den Gesetzentwurf, welcher den Danziger Volkstag bevollmächtigt, die 20prozentige Preiserhöhung der Eisenbahntarife in Danzig zu bestätigen, fortgesetzt. Während der Beratungen über den ersten Entwurf dieses Gesetzes erklärten die polnischen Abgeordneten kategorisch, daß der Danziger Volkstag und der Senat widerrechtlich vorgehen, da die Verordnungen der polnischen Eisenbahnverwaltung nicht der Gutheißung der Danziger Regierung unterliegen. Trotz dieses Protestes brachte der Volkstag einen zweiten Gesetzentwurf ein. Dieses Vorgehen des Volkstages führt man in hiesigen polnischen Kreisen auf die Absicht, einen Ausnahmefall zu schaffen, zurück, um in gegebenen Fällen die Möglichkeit zu haben, gegen die Anordnungen der polnischen Eisenbahnverwaltung in Danzig zu protestieren.

Neues vom Tage.

§ Einbruch in das Dresdener Historische Museum. Der Wächter des Historischen Museums fand gestern abend auf seinem Rundgang ein Pult aufgebrochen vor. Die benachrichtigte Polizei suchte sofort die Räume des Museums ab. Es gelang, den Einbrecher, einen Monteur Bernsee, festzunehmen. In seinem Besitz befanden sich zwei sehr wertvolle Broschen, während im Museum ein Paket mit vier sehr wertvollen Marschallstäben und Zaumzeugen entdeckt wurde.

§ Der Eucharistische Kongreß. Der Papst bestimmte, daß der Internationale Eucharistische Kongreß, wie festgesetzt, am 24. Mai in Rom stattfinden solle.

§ Das verbotene „Boche". Der französische Justizminister hat ein Rundschreiben erlassen, in dem alle Behörden ersucht werden, Deutsche, mit denen sie in Berührung kommen, nicht „Boche" anzusprechen.

§ Absturz eines Militärluftschiffes in Amerika. Das Militärluftschiff Roma, das die Flottenverwaltung vor einiger Zeit in Italien gekauft hatte, machte heute vom Flottenstützpunkt Norfolk eine Probefahrt, um die amerikanischen Motoren zu erproben, die statt der italienischen eingebaut worden waren. Dabei geriet es in Brand und stürzte, in Flammen gehüllt, zu Boden. Von den 50 Mann, die an Bord waren sind nur zehn Überlebende mit schweren Brandwunden geborgen worden.

§ Zirkusdirektor Stosch-Sarrasani verunglückt. Der bekannte Zirkusdirektor Stosch-Sarrasani wurde bei der Dressurarbeit in seinem Zirkus in Dresden von einem Elefanten angegriffen, mit den Stoßzähnen gepackt und mit dem Rüssel bearbeitet. Sarrasani erlitt schwere Gliederverletzungen sowie mehrfache Fleischwunden und mußte in eine Klinik überführt werden. Es gelang nur mit Mühe, das wütende Tier von seinem Opfer abzubringen.

16. Quittung.

Für die **Wolgadeutschenhilfe** gingen ferner bei uns ein:

Güterbeamtenverein-Zweigverein Jarocin	11 500.— M.
Hauptmann Schendel, Orlowo	30 000.— „
Sammlung in der Gemeinde Wyzcyn. Neudorf: Busse 1000, Gelbaar 1000, Markwardt 10, Rau 20, Jaensch 1000 Dahn 70, Krüger 400, Pötter 200, Banik 50, Zerbst 500, W. Schendel 500, O. Meyer 100, Festker 500, Jahnz 100, Rosenau 500, Dinter 40, Ermel 40, Stelter 100, Schönfeld 500, P. Stelter 500, Otto 500, Harmel 500, Grunwald 1000, Klukas 600, Sell 40, Vogel 500, Vielhaber 300, Harmel 100, Knispel 50, Köpp 100, Otto 300, Kind 500, Gall 100, Marks 300, Mahneke 1000, zusammen	13 020.— „
Sammlung in der Gemeinde Gramsdorf: E. Busse 1000, Threde 500, Mathias 1000, E. Otto 500, E Rosentreter 1000, Rud. Rosentreter 1000, R. Rau 1000, Max Tonn 1000, Wilh. Rosentreter 1000, R. Zellmer 100, Melz 300, E. Hundt 300, R. Busse 100, Brandt 100, Hinz 1000, Klukas 500, Wiersch 50, Kaatz 200, Möller 500, Schröder 200, Pieczynski 60, H. Rau 200, J. Otto 500, Mantey 100, Ganske 200, W Otto 200, M. Rathke 200, R. Spletter 500, R. Henke 500, W. Henke 500, zusammen	14 310.— „
Sammlung in der Gemeinde Tlukawy: Rau 2000 (und Lebensmittel). Jahnz 500 (und Lebensmittel) Zanft 1000 (und Lebensmittel) Die anderen Gemeindemitglieder spendeten alle Lebensmittel, zusammen	3 500.— „
Zabel, Bodzewo bei Gostyn	10 000.— „
D. Fitzke, Mściszewo, pow. Mur. Goślin	1 000.— „
Außerdem Sammlung durch D. Fitzke, Mściszewo, pow. Mur. Goślin	1 000.— „
Sammlung in der Gemeinde Podrzewie: Lehrer Hampel 1000, die Landwirte Grabe 2000, Bressert 1000, Schulz 1000, Neumann 1000, Stege 1000, Müller 1000, Schilling 2000, Kattner 1000, Flechner 100, Scheffler 100, zusammen	11 300.— „
P. B.	200.— „
H. W., Posen	3000.— „
Sammlung durch Otto Boehm in Pniewy beim Hans Sachs-Abend	20 000.— „
	118 830.— M.
Betrag der 1.—15. Quittung	1 802 884.— „
Zusammen . . .	1 921 714.— M.

Spenden von auswärts können auf unser Postscheckkonto Nr. 200 283 in Poznań eingezahlt werden, wobei keinerlei Portokosten entstehen.

Posener Tageblatt

15. Empfangsbescheinigung.

Von der Sammelstelle des „Posener Tageblattes" heute als fünfzehnte Ablieferung den Betrag von 151 745 Mark, in Worten: Einhunderteinundfünfzigtausendsiebenhundertfünfundvierzig Mark bar für die Wolgadeutschenhilfe erhalten zu haben, bescheinigt hiermit mit herzlichem Dank

Poznań, den 25. Februar 1922.
Aleje Marcinkowskiego 26.

(gez.) **Landesverband für Innere Mission in Polen.**

Wer hilft weiter?

Nach kurzem, schwerem Leiden starb unser sonniger Sohn

Walter

im Alter von 2 Jahren und 2 Monaten.

Dies zeigen statt besonderer Anzeige tiefbetrübt an:

Tschuschke und Frau, geb. Arnold, **nebst 4 Geschwistern u. Schwiegersohn.**

Babin, den 22. Februar 1922.

Die Beerdigung findet am Sonntag, d. 26. d. M., nachm. 4 Uhr vom Trauerhause aus statt. [5565



Mehr als die andern!

Es gibt einen Ehrgeiz, der sich nicht begnügt mit durchschnittlichen Leistungen und Lebensgestaltungen; er drängt danach und brennt darauf, sich hervorzutun; er will mehr sein, mehr gelten, mehr erreichen als die andern. Das kann Strebertum übelster Art sein, das kann auch ein Stück hochfliegenden Idealismus darstellen. —

Man rühmt als vornehmste Christentugend die Demut; aber man versteht sie falsch, wenn man sie auf das Verhältnis des Christen zu den Menschen bezieht, während sie von seiner Stellung zu Gott gilt. Derselbe Christ, der vor Gott klein ist und nichts sein will und darf, steht Menschen gegenüber mit dem Anspruch mehr zu sein, als sie. Liebe um Liebe geben, das ist keine Kunst! Freundlichkeit mit Freundlichkeit vergelten — was ist daran Besonderes? Das können auch die Zöllner! Aber Christenmenschen wollen und sollen mehr sein als Zöllner und andere Leute; sollen und müssen etwas Besseres darstellen als jene, können und dürfen sich nicht begnügen mit durchschnittlichem Menschentum. Ja, sie sind Höheres, Besseres, weil und wenn sie erlöste Gotteskinder sind; wenn sie Menschen sind, die in Gott leben und in denen Gott mächtig ist. Das ist Christenadel, daß Jesu Jünger zu Gott sagen dürfen das „Abba, lieber Vater", daß sie „Hochgeborene, Auserkorene" sich nennen dürfen als „Kinder ihres Vaters im Himmel".

Aber Adel verpflichtet. Wer auf höherer Stufe steht als andere, hat dadurch nicht etwa mehr Rechte, er hat vor allem mehr Pflichten als jene. Mehr sein wollen als sie, ohne mehr zu leisten als sie, hieße einen unberechtigten Anspruch erheben. Darum fordert Jesus von den Seinen nicht nur Vergeltung der Liebe mit Liebe, sondern jene Feindesliebe, jene Großmut, die Böses mit Gutem vergelten kann, jene „bessere Gerechtigkeit", die sie über Pharisäer und Schriftgelehrte emporhebt.

Es muß in allen Zeiten Menschen geben, die der großen Masse eine höhere Art des Menschentums vorleben, um sie auf diese Höhe emporzuziehen, Führer zur Vollkommenheit — hehrer Christenberuf in der Welt! Aber auch heilige Verantwortung „immer der Beste zu sein und der Erste zu sein vor den andern!"

D. Blau-Posen.

Die künftigen Wahlkreise Polens.

Der jetzt vorliegende Entwurf eines Gesetzes über die Einteilung er Republik Polen in Wahlkreise sieht folgende 68 Wahlkreise mit zusammen 400 Mandaten vor:

1. Warschau Stadt (15 Mandate). 2. Warschau Land Radzymin, Mińsk, Mazowiecki (5). 3. Siedlce, Łuków, Węgrów Sokołów (6). 4. Ostrów, Wysokie Mazowieckie, Bielsk, Białowieża (5). 5. Białystok, Sokółka, Wołkowysk (5). 6. Grodno, Suwałki, Sejny, Augustowo (5). 7. Łomża, Kolno, Ostrołęka, Szczuczyn (5). 8. Ciechanów, Mława Pułtusk, Przasnysz, Maków (6). 9. Płock, Sierpce, Rypin Błoński (5). 10. Włocławek, Nieszawa, Lipno (5). 11. Łowicz, Kutno, Gostynin, Sochaczew (5). 12. Grodzisk, Błonie, Skierniewice, Rawa, Grójec (6). 13. Lodz Stadt (7). 14. Lodz Land, Łask, Brzeziny (6). 15. Konin, Koło Słupce, Łęczyca (7). 16. Kalisch Turek, Sieradz (7). 17. Tschenstochau, Wieluń (6). 18. Petrikau, Radomsk (6). 19. Radom, Końskie, Opoczno (7). 20. Kielce, Jędrzejów, Włoszczowo (6). 21. Będzin (6). 22. Sandomir, Stopnica, Pińczów (6). 23. Wierzbnik, Iłża, Kozieniec, Opatów (6). 24. Puławy, Garwolin Lubartów (6). 25. Biała Podlaska, Radzyń, Konstantynów, Włodawa (4). 26. Lublin Chełm (5). 27. Zamość, Biłgoraj, Tomaszów (5). 28. Krasnystaw, Hrubieszów, Janów (5).

Im ehemals preußischen Teilgebiet: 29. Dirschau, Stargard, Mewe, Berent, Karthaus, Neustadt, Putzig (5). 30. Graudenz Stadt und Land, Schwetz, Tuchel, Konitz Zempelburg (5). 31. Thorn Stadt und Land, Kulm, Briesen, Strasburg, Löbau, Soldau (5). 32. Bromberg Stadt und Land, Inowrocław, Schubin, Wirsitz Strelno, Znin (6). 33. Gnesen, Mogilno, Wreschen, Schroda, Lübkau, Wongrowitz, Obornik (5). 34. Posen Stadt (3). 35. Posen-Ost und -West, Schrimm, Kosten, Lissa, Rawitsch (5). 36. Samter, Czarnikau, Kolmar, Birnbaum, Neutomischel, Grätz, Wollstein, Schmiegel (5). 37. Ostrowo, Adelnau, Schildberg, Kempen, Pleschen, Jarotschin, Koschmin, Krotoschin, Gostyń (6).

In Oberschlesien und in Teschen-Schlesien: 38. Königshütte, Beuthen Kreis, Lubliniß, Tarnowitz (5). 39. Kattowitz Stadt, Kreis Zabrze und Gleiwitz (5). 40. Teschen, Bielsk Stadt und Land, Pleß, Rybnik-Ratibor (7).

In Galizien: 41. Krakau Stadt (3). 42. Krakau Land Chrzanów Oświęcim, Podgórze, Olkusz und Miechów (9). 43. Wadowice, Biała Myślenice, Żywiec, Nowy Targ, Zips, Arwa (7). 44. Nowy Sącz, Limanowa, Bochnia, Wieliczka (6). 45. Tarnów, Pilzno, Brzesko, Dąbrowa, Grzybów, Gorlice (7). 46. Jasło Ropczyce, Strzyżów, Mielec Kolbuszowa, Tarnobrzeg (7). 47. Rzeszów Jarosław, Przeworsk, Łańcut, Nisko (7). 48. Przemyśl Dobromil, Sambor, Brzozów (7). 49. Sambor, Stary Sambor Nisko Rudki Mościska, Gródek Jagielloński (7). 50. Lemberg Stadt (4). 51. Lemberg Land Żółkiew, Sokal, Rawa, Ruska, Jaworów Ciechanów (8). 52. Bóbrka Przemyślany Rohatyn, Żydaczów (5). 53. Stryj, Drohobycz, Turka, Skole, Dolina, Kałusz (7). 54. Stanislau, Tłumacz, Bohorodczany, Nadworna (5). 56. Czortków, Buczacz, Husiatyn, Borszczów, Zaleszczyki (6). 57. Tarnopol, Zbaraż Trębowla, Skałat, Brzeżany, Podhajce (7). 58. Złoczów, Zborów, Brody, Kamionka, Strumiłowa, Radziechów (5).

In Wolhynien: 59. Kowel, Lubomil, Wladimir Wołyńsk (5). 60. Luck, Horochów (4). 61. Krzemieniec, Dubno (6). 62. Rowno, Ostróg (5).

In Polesien: 63. Brest-Litowsk, Kobryń, Prużany, Kosów, Drohiczyń, Kamień Koszyrski (5). 64. Pinsk, Łuniniec Sarny (6). 65. Nowogrod, Stołpce Nieśwież, Baranowicze, Słonim (7).

In Litauen: 66. Lida, Oszmiany, Wilejka (8). 67. Wilna Stadt und Kreis Troki (6). 68. Swięciany, Bracław, Dziłowicze, Dzisna (6).

Aus der polnischen Presse.

„Um den casus belli" ist die Überschrift eines Aufsatzes des „Kurjer Pozn." (Nr. 28 vom 4. Februar), in dem St. Kozicki Betrachtungen über den Garantievertrag zwischen England und Frankreich anstellt. Da ist zu lesen:

„Ein deutscher Angriff auf Frankreich ist sehr wenig wahrscheinlich, dagegen ist es fast sicher, weil sich aus der Natur der Sache ergebend, daß Deutschland, wenn es zu der Erkenntnis kommen wird, daß es in seinem Interesse liege, wieder zu den Waffen zu greifen, vor allem den Wunsch haben wird, die früheren Grenzen im Osten wiederherzustellen. Wenn der europäische Frieden von Deutschland verletzt werden wird, dann wird das durch einen Angriff auf Polen, nicht auf Frankreich geschehen. Die französische Regierung wird sich dann vor die Frage gestellt sehen, ob sie Polen zu Hilfe kommen soll oder nicht. Frankreichs Rolle wird dann die gleiche sein, wie die Rolle Rußlands im Jahre 1914 gegenüber Serbien. Dieser einzig wahrscheinliche Fall sollte auch Gegenstand der internationalen Vereinbarungen sein. Ein Abkommen in der Form, wie es in London vorgeschlagen wird, ist eigentlich eine Verpflichtung höchst platonischer Art, denn es wird in einem Falle verbindlich sein, der sehr wenig wahrscheinlich ist, es wird aber Frankreich seinen eigenen Kräften überlassen Ereignissen gegenüber, die nach allem in den Grenzen des menschlichen Verstandes liegenden Berechnungen fast sicher eintreten werden. Aus der ganzen Aussprache, die die Aufgabe hat, genau zu bestimmen, was für England als casus belli verbindlich sein wird, ergibt sich für uns die nachstehende sehr wichtige, wiewohl nicht neue Schlußfolgerung: Die gegenwärtige englische Regierung will eine Garantie für die Grenzen und die Unabhängigkeit des polnischen Staates nicht übernehmen. Die Ursachen dieser Haltung sind sehr zahlreich. Unter ihnen treten drei in den Vordergrund: Die englische Regierung hat zur Kraft der polnischen Regierung und zu der von deren Leitern betriebenen Politik kein Vertrauen; die englische Regierung ist keine Anhängerin eines großen Polens in den Grenzen, in denen dieser Staat gegenwärtig besteht, sie hat diese Grenzen noch nicht anerkannt, und sie beabsichtigt nicht, zu deren Verteidigung eine Kriegsaktion einzuleiten. Die englische Regierung betreibt eine Politik, die darauf ausgeht, zu verhindern, daß auf dem europäischen Festlande eine Macht erstehe, die ein starkes Übergewicht hätte, und eine solche Macht wäre ein durch ein Bündnis mit einem starken Polen verbundenes Frankreich. Die gegenwärtige Regierung oder wenigstens die öffentliche Meinung in England eines andern zu überzeugen, liegt also in hohem Maße in unserer Macht. Wenn Polen seine innere Kraft nachweisen und ein Staat der Ruhe und Ordnung werden wird, wenn unsere Auslandspolitik klar, aufrichtig und klug sein wird, dann können wir gewiß sein, daß wir in England für unsere Interessen Verständnis finden werden. Sogar in diesem Falle kann die Politik Englands gegen uns gehen, wenn das das Interesse Großbritanniens gebieten wird, aber wir werden dort Achtung und Verständnis für unsern Standpunkt finden. Nicht ohne eine gewisse Bedeutung kann auch eine nicht nur in England, sondern auch in den englischen Dominions zugunsten Polens betriebene Propaganda sein. Man muß nämlich wissen, daß in Sachen der Beteiligung Großbritanniens an einem Kriege in Zukunft die englischen Dominions — Australien, Kanada, Südafrika — eine entscheidende Stimme haben werden und daß es diesen Dominions noch schwerer fallen wird, sich mit dem Gedanken einer Intervention zugunsten Polens abzufinden, als der öffentlichen Meinung in England selbst. Bedenken wir schließlich, daß der Einfluß der öffentlichen Meinung in England auf die Politik der Regierung ungeheuer ist und daß unabhängig von den geschriebenen Vereinbarungen und Garantien im entscheidenden Augenblick von dieser öffentlichen Meinung sehr viel abhängen wird. Unsere Kraft und die Stellung unseres Staates in der Welt werden natürlich die entscheidenden Faktoren sein. Es darf jedoch nicht zugelassen werden, daß wir unter unserm Wert eingeschätzt werden, wie das dank der Fehlerhaftigkeit unserer Auslandspropaganda und dank ihrer Unfähigkeit der Fall ist."

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 25. Februar.

Die Presse in Polen.

Im Jahre 1921 wurden im ehemals preußischen Teilgebiet 126 polnische Zeitungen und Zeitschriften herausgegeben. An Berufsorganen bestehen im ehem. preußischen Teilgebiet 20 Zeitungen, die übrigen beschäftigten sich mit Literatur, Kritik, Politik, Popularisierung verschiedener Wissenszweige u. a. Die meisten Tageszeitungen entfallen auf Posen. Hier bestehen 39 allgemeine und 17 berufliche Organe. Im übrigen Großpolen bestehen 44, in Pommerellen 22 Zeitungen allgemeinen Inhalts. Posen allein besitzt 12 Tageszeitungen, während Warschau bei einer Bevölkerungszahl von einer Million ihrer 11 hat. Krakau besitzt 8, Lemberg 8, Lodz 4, Wilna 3 Tageszeitungen. An zwei- bis dreimal wöchentlich erscheinenden Zeitungen besitzt Großpolen 31, Pommerellen 14 Zeitungen. Die Wochenschriften sind im früher preußischen Gebiet sehr schwach vertreten. Sie finden sich vorwiegend in Posen (13), im übrigen Großpolen gibt es 8, in Pommerellen 2 Wochenschriften. An Monats- und Quartalszeitschriften wurden im Jahre 1921 etwa 25 notiert.

Ende 1921 bestanden in Posen-Pommerellen 32 deutsche Zeitungen, darunter in Posen 7 (3 Tageszeitungen), im übrigen Großpolen 10 (4 Tageszeitungen), in Pommerellen 19 (4 Tageszeitungen).

Ausschußsitzung des Hauptvereins deutscher Bauernvereine.

Am 17. d. Mts. fand im Evangelischen Vereinshause zu Posen unter dem Vorsitz des Generallandschaftsdirektors a. D. Hoffmeyer-Zlotnik-Zlotniki die fast vollzählig von über 100 Personen besuchte vierte Sitzung des Gesamtausschusses des Hauptvereins deutscher Bauernvereine mit der Tagesordnung Geschäftliches, Organisationsfragen, Genehmigung des Haushaltungsvoranschlages für 1922 und Festsetzung der Beiträge, Anträge und Verschiedenes statt.

Der Vorsitzende erstattete den mit Beifall aufgenommenen Geschäftsbericht. Verschiedene Organisationsfragen wurden besprochen und die Verschmelzung mit dem Arbeitgeberverband für die deutsche Landwirtschaft in Großpolen, der seinerzeit als Sonderausschuß des Hauptvereins gegründet wurde, beschlossen. Der vom Vorstand vorgelegte Haushaltungsvoranschlag wurde einstimmig genehmigt und als Beitrag für das Jahr 1922 wieder ein Pfund Roggen beschlossen. Die Zahlung soll in zwei Raten erfolgen. Die erste Rate in Höhe von 20 M. (bei einem angenommenen Preise von 4000 M. der Zentner) ist bis zum 1. April dieses Jahres fällig. Für nicht landwirtschaftliche Besitzer wird als Beitrag 4 von 1000 des Einkommens erhoben.

Die landwirtschaftlichen Kontrakte in Posen-Pommerellen.

Die Frage des Abschlusses von Lohnkontrakten in der Landwirtschaft für das Jahr 1922 ist auf nennenswerte Schwierigkeiten gestoßen, da sich Meinungsverschiedenheiten zwischen den Arbeitgebern und landwirtschaftlichen Arbeitern gezeigt haben. Sie beziehen sich auch auf den Ort der Verhandlungen. Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium hat Warschau vorgeschlagen, da es die Ausarbeitung eines einheitlichen Lohnkontraktes für die Landwirtschaft von ganz Polen beabsichtigt. Die Arbeitgeber haben diesen Vorschlag angenommen, dagegen bestehen die Vertreter der

Eigenartige Fastnachtsbräuche.

Von Dr. Hans Benzmann.

Der klassische Boden der Fastnachtsfeiern und Fastnachtsspiele waren die Rheinlande und Bayern, namentlich Nürnberg. Während sich in den Städten die Fastnachtsfeiern, die Schmäuse, Tänze und Spiel allmählich zu den übermütigen Umzügen des Karnevals und des Faschings entwickelten, hielt man hier und dort auf dem Lande an uralten symbolischen Spielen fest. Alle diese Bräuche gehen auf altgermanische heidnische Vorstellungen zurück, auf jene uralte Zeit, in der man im beginnenden Frühling das Fest der wiedererwachenden Natur, der Wiedergeburt alles Lebens feierte. Diese altheidnischen Bräuche wurden zum Teil auf gewisse Tage während der Fastnachtszeit, zum Teil auf Karfreitag und die Ostertage übertragen. Nach Wuttke: „Der deutsche Volksaberglaube der Gegenwart" (Berlin 1900) hat Fastnacht augenscheinlich viele Erinnerungen eines alten heidnischen, auf Donar und wohl mehr noch auf Frigg sich beziehenden Festes übernommen, an welchem eine Vorfeier des Frühlings, das Ende des eigentlichen Winters, stattfand, und ist äußerst wichtig für alle häuslichen Geschäfte der Hausfrau, besonders für den Flachs, für das Geflügel und den häuslichen Wohlstand. Man muß, oft schon vor Sonnenaufgang, Hirsebrei und Blutwurst essen, das schafft Geld und bewahrt vor Fieber (Norddeutschland, Bayern, Franken), mittags aber vor allem Sauerkraut (allgemein), so bleibt man frei von Flöhen (Oberpfalz). Die Hausfrau muß recht vielerlei kochen, sieben- oder neunerlei Speisen, darunter auch Hirse und Hering (Vogtland), so wird sie das ganze Jahr über Überfluß im Hause haben (Norddeutschland, Hessen). Man muß Fastenbrezeln ohne Salz essen (allgemein); wer sie verachtet, bekommt Eselsohren; ebenso müssen Pfannenkuchen, „Kräppel", gegessen werden, sehr wahrscheinlich aus Opferkuchen entstanden (Norddeutschland, Schlesien, Thüringen, Hessen).

Wuttke gibt noch eine ganze Anzahl merkwürdiger Fastnachtsbräuche an. Auf das alte Opferfest weist noch folgende Sitte zurück: „Abends muß man spazieren fahren (Ostpreußen), und vor den Häusern von Fremden Töpfe entzweiwerfen, dann gerät der Flachs gut (Hessen); in diesen Töpfen wurde noch bis vor kurzem Erbsenbrei und Schweine-Rippenfleisch gekocht, die abgegessenen Rippen wurden in den Leinsamen gesteckt und die Töpfe zertrümmert. Der Topf sollte durch das Zertrümmern dem unheiligen Gebrauch entzogen werden . . . In Oldenburg und Westfalen findet ein Hahnenschlagen statt (Rest eines Opfers), wo einem Hahn (in Westfalen auch einer Gans) der Kopf abgeschlagen oder abgerissen wird, und am Abend selbst werden sonst brennende Strohbündel auf Stangen umhergetragen und ein Strohmann (der Winter) verbrannt."

Ein ganz eigentümlicher, besonders in Schwaben geübter Brauch ist das sogenannte Scheibenschlagen. Der erste Sonntag, welcher auf Aschermittwoch folgt, heißt in Oberschwaben Frankentag, Funkensonntag, auch Scheibensonntag, oder weißer Sonntag, verschieden von dem weißen Sonntag nach Ostern. Die Spiele, die an diesem Tage stattfanden, sind ersichtlich auf altgermanische Vorstellungen zurückzuführen. Das Feuerrad oder die Feuerscheibe ist das aufsteigende Sonnenrad des Frühjahrs. Nach alten Überlieferungen waren diese Tage auch dem Donar geheiligt. Anschaulich schildert Ernst Meier den Verlauf solcher Spiele in seinem Werke „Deutsche Sagen, Sitten und Gebräuche aus Schwaben" (Stuttgart 1852), im 2. Teile S. 380. An dem Funkensonntag werden auf Bergen „Funkenfeuer" gemacht und feurige Scheiben in die Luft geschlagen. Zunächst wurde ein Strohbild, eine Strohpuppe, die die Winterhexe darstellte, unter Jubel verbrannt. Dann begann das „Scheibenschlagen". Man machte nämlich runde, dünne Holzscheiben von dem Umfange einer Faust, steckte sie, da sie in der Mitte ein Loch hatten, an zugespitzte Stöcke, hielt sie so ins Feuer und wenn sie brannten, schwang man sie einige Male und schleuderte sie mit dem Stocke in die Höhe. Dabei hatte man eine längliche „Scheibenbank" mit drei Füßen, die man im Boden befestigte, aber so, daß die Bank eine schräge Linie bildete. Um die Schwungkraft zu vermehren und die Scheibe recht hoch zu treiben, streifte man alsdann mit dem Stocke die Fläche der Bank, sobald die Scheibe abspringen sollte.

Jede Scheibe, die aufstieg, wurde jemandem verehrt. Die erste wurde sonst immer zu Ehren „der höchsten Dreifaltigkeit" geschlagen. Während des Schwingens sagte man jedesmal folgenden Spruch:

> Scheible aus und ein,
> Wem soll die Scheibe sein?
> Die Scheibe soll der höchsten Dreifaltigkeit sein.

So in Tettang, im Kloster Weingarten und sonst. Die zweite Scheibe verehrte man der Landesregierung; dann wohl eine dem Pfarrer, dem Schultheiß, dem Schatz und andern guten Freunden.

Zu Friedingen an der Donau hielt man das Scheibenschlagen immer auf der Anhöhe, die das „Härdtle" heißt. Der Spruch lautete hier so:

> Scheibo, Scheibo!
> Wem soll die Scheibe sein?
> Die Scheibe fliegt wohl über den Rhein,
> Die Scheibe soll meinem Schätzle sein.

In Althausen sagte man:

> Scheib auf, Scheib ab,
> Die Scheib geht krumm und grad,
> Die Scheib geht links, geht rechts,
> Geht aus und ein,
> Sie geht dem und dem zum Fenster hinein!

Am Bodensee sagte man:

> Scheible aus, Scheible ein,
> Scheible über den Rhein!
> Wem soll dies Scheible sein?
> Es soll dem und dem sein.

Im Wiesenthal lautete der Spruch:

> Schibi, Schibo!
> Wem soll die Schibo go?
> Die Schibe fahrt links und rechts.
> Sie fahrt dem und dem ebe recht.
> Fahrt sie nit, so gilt sie nit,
> Hat sie kei Loch, so stinkt sie nit.
> Schibi, Schibo!

Jetzt kommt dies Scheibenschlagen namentlich noch vor in der Umgegend von Altdorf, Wolperschwende, Blitzreute, Baienfurt, Frohnhofen; ferner bei Ravensburg, Tettnang, Wangen, Leutkirch, Waldsee usw. Die Scheiben trägt man auf einer Schnur und hat immer auch mehrere Schleuderstöcke. In der Gegend von Wangen schießt man auch während des Scheibenschlagens."

Auch Panzer erzählt von dieser uralten Sitte in seinem Buche „Bayerische Sagen und Gebräuche" (München 1848). Den Sinn erklärt er folgendermaßen: „Mit der Feuerscheibe konnte selbst die heilige Dreifaltigkeit geehrt werden; sie zeigt sich geliebten und geehrten Personen hold, beschämt und rügt Lächerliches und Unziemliches, brandmarkt das Laster, enthüllt das Verbrechen und verschont selbst den Teufel nicht. Sicher dachte man sich dabei ein höheres göttliches Wesen, welches die Scheibe lenkte." Er kommt dann auf die mittelalterliche allegorische Figur der Frau Saelde. „Der Saelden schieben triben" heißt es einmal im Pfaffen Amis. Auch sonst wird von mittelalterlichen Dichtern das Scheibentreiben erwähnt. Ja, nach den Bewegungen und Wendungen, die das Rad oder die Scheibe macht, wurde das Spiel gedeutet. Es heißt deshalb in dem mittelalterlichen Gedicht über den Trojanischen Krieg: „ja walzet it (der Saelde) gelückes rat vil staeteclich uf und nider, her und hin, dan und wider loufet ez." Man hat sich bei diesen Stellen immer mehrere Bewegungen der Scheibe vorzustellen: die Drehung um ihre eigene Achse, den Bogen, welchen sie beschreibt und die verschiedenen Wendungen, die sie dabei durch den Widerstand der Luft annimmt. Das sind „diu gespil der Saelden".

landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft auf **Posen** als Verhandlungsort. Der Vertreter des **Arbeitsministeriums** hielt mehrere fruchtlose Besprechungen ab.

Wie die „Gaz. Gd." erfährt, ist die zweite Ursache des Konfliktes das Bestreben der Arbeitgeber nach Herabsetzung der Löhne, sowohl der Barlöhne wie der Naturallieferungen. Letztere seien gegenwärtig höher als die Vorkriegslieferungen, obwohl die Erzeugung bedeutend nachgelassen habe. Dieser Umstand zwinge die Arbeitgeber zu einer bedeutenden Verringerung ihrer Arbeiterzahl, was wiederum Unwillen in den Kreisen der landwirtschaftlichen Arbeiter hervorrufe. Der Abschluß der neuen Kontrakte hat am 1. April zu erfolgen. Ihre Erledigung dürfte noch manche Schwierigkeiten ergeben.

Erhöhung der Invalidenrente. Die Kommission für den Schutz der Arbeit hat eine weitere Erhöhung der Invaliden-, Witwen- und Waisenrente um 300 v. H. in dritter Lesung beschlossen, so daß z. B. eine Rente von 250 Mark monatlich dann 1000 Mark beträgt. Die Erhöhung der staatlichen Zuschläge beträgt für die Rente 750 M. jährlich. Um die Kosten zu decken, werden die Klassenbeiträge erhöht. Sie betragen in der höchsten Klasse 30 Mark wöchentlich. Sofern der Sejm die Novelle zur Invalidenrente beschließt, wird die Erhöhung der Beiträge, und zwar vom 27. d. Mts., eintreten.

Die Musterung der Gestellungspflichtigen des Jahrgangs 1901 hat in der abgelaufenen Woche begonnen. Am 22. d. Mts. hatten sich die Gestellungspflichtigen zur Musterung eingefunden, deren Namen mit den Buchstaben A und B beginnen, am 23. die mit den Anfangsbuchstaben C und D, am 24. die mit den Anfangsbuchstaben E, F, G, am 25. die mit den Anfangsbuchstaben H und J. Am kommenden Montag, dem 27. d. Mts., haben die in den Monaten Januar bis Juni 1901 Geborenen mit dem Anfangsbuchstaben K zu erscheinen, am Dienstag, dem 28., die in den Monaten Juli bis Dezember 1901 Geborenen mit demselben Anfangsbuchstaben; am Mittwoch, dem 1. März: Buchstabe L und N; am Donnerstag, dem 2. März: Buchstabe M und O; am Freitag, dem 3. März: Buchstabe P und Q; am Sonnabend, dem 4. März: Buchstabe R und T; am Montag, dem 6. März: Buchstabe S (die in den Monaten Januar bis Juni 1901 Geborenen); am Dienstag, dem 7. März: Buchstabe S (die in den Monaten Juli bis Dezember 1901 Geborenen); am Mittwoch, dem 8. März: Buchstabe U, V, Y, Z; am Donnerstag, dem 9. März: Buchstabe W. Alle in den genannten Tagen nicht zur Musterung erschienenen Gestellungspflichtigen haben am 10. März vor der Musterungskommission (ul. Marcelińska 2, Zimmer 40) zu erscheinen.

Der Sejmabgeordnete Daczko von der deutschen Fraktion spricht am Sonntag, dem 26. Februar, im Saal des Zoologischen Gartens über „Das neue Sejmwahlgesetz und wir Deutschen". (Anfang 2 Uhr.)

Der Ornithologische Verein zu Posen hält eine Mitgliederversammlung am Montag, 27. d. Mts., abends 8 Uhr bei Zinser ab. Herr Schünke wird über die 19. Nationale Geflügelausstellung in Dresden sprechen. Darauf Auszahlung der Preise von der letzten Posener Ausstellung und der Beträge für verkaufte Tiere, Abgabe von Bundesringen für Tauben.

Das Strandfest des Posener Rudervereins „Germania", das am Montag, dem 20. Februar, in der „Loge", Grabenstraße, stattfand, verdient es, aus der Fülle der diesjährigen Fastnachtsveranstaltungen durch eine kurze Erwähnung hervorgehoben zu werden. Das Fest führte mit Recht den Namen „Strandfest"; man glaubte sich tatsächlich in ein belebtes Seebad versetzt. Die Temperatur in den festlichen Räumen war zweifellos hochsommerlich; im Einklang damit stieg auch das Quecksilber des Vergnügungs-Thermometers bis zu einer beträchtlichen Höhe. Das Gedränge der in leichter, sommerlicher Kleidung erschienenen Damen und Herren war derart, daß man sich in einem Sonntagsnachmittagskonzert während der Hochsaison eines sehr besuchten Seebades zu befinden glaubte. Eine „Strandbar" und eine „Schießbude" bildeten die Hauptanziehungspunkte. Der Ruderverein „Germania" wollte bei diesem Feste außer seinen Mitgliedern auch recht zahlreiche Gäste bei sich sehen. Dies kam in den Ansprachen des 1. und 2. Vorsitzenden zum Ausdruck, die den Gästen, insbesondere auch den Damen, warme Worte widmeten und dieses Fest als ein Erholungs- und Reinigungsbad von den Sorgen des Alltags bezeichneten. Inmitten der herrschenden Fröhlichkeit wurde auch der Notleidenden gedacht, so daß innerhalb von ungefähr zehn Minuten 33 000 M. für die Wolgadeutschen gesammelt werden konnten. Das Gelingen dieses Festes beweist, daß in jedem Falle zielbewußtes und einmütiges Streben Erfolg hat, und es gibt dadurch für die Zukunft wertvolle Lehren.

Über den Berliner Kapellmeister Eduard Mörike, der am Montag abend im Vereinshaussaal über den Humor im deutschen Kunstliede sprechen wird, schreibt die „Neue Zeitschrift für Musik": „Ausgesprochenes Redetalent und unbedingte Beherrschung des Stoffes, was jede Art von Konzept überflüssig macht, dazu eine eklatante Klavierfertigkeit machen diese anregenden, zudem durch Geist und Witz ausgezeichneten Vorträge auch dem Fachmann willkommen. Mörike ist der einzige Musiker in Berlin, der auf diesem Gebiete ein wirklich berufenes und auserwähltes Talent darstellt." Von seiner Gattin, die seinen Vortrag durch Liedvorträge illustrieren wird, schreibt eine Berliner Zeitung nach einem dortigen Konzert der Sängerin: „Die Künstlerin verfügt über ein gut ausgeglichenes Organ von seltenem Wohllaut, das künstlerisch durchgebildet ist."

X **Butterpreis.** In der Woche vom 20. bis 25. d. Mts. betrug der Großhandelspreis für Butter 730—750 M. für das Pfund.

X **Pferd und Wagen gestohlen.** Donnerstag abend zwischen 11 und 12 Uhr wurde ein vor dem Offizierkasino Wały Józefa (früher Nordring) stehender Federnkutschwagen, der mit einer 11jährigen Schimmelstute und einem 9jährigen braunen Wallach bespannt war, gestohlen.

X **Taschendiebstahl.** Donnerstag abend wurde einem Straßenbahnfahrgaste auf der Linie 4 bei der Fahrt von St. Lazarus in die Stadt eine goldene Herrenuhr mit Doppelkapsel im Werte von 50 000 M. gestohlen.

X **Einbruchsdiebstähle.** Dieser Tage wurde aus dem Schulgebäude in der ul. Słowackiego 54/56 (fr. Karlstraße) ein Dynamomotor im Werte von 125 000 M. gestohlen. — Aus einem Geschäft in der ul. Podgórna 3 (fr. Hindenburgstraße) wurden nach dem Einschlagen der Schaufensterscheibe ein schwarzer Wollanzug, zwei weiße Sweater, ein Dutzend wollene Handschuhe und zwei blaue Kinderkleider im Werte von 70 000 M. gestohlen.

---

hm. **Buk**, 23. Februar. Beim Fleischermeister Anton Zeuschner in der Kirchstraße wurde in der vergangenen Nacht ein großer Diebstahl ausgeführt. Gestohlen wurden außer einem außergewöhnlich großen Posten Fleischwaren und Schinken bedeutende Geldsummen in polnischer und deutscher Währung. Unserer Polizei ist es bereits gelungen, einen großen Teil der Diebesbeute wieder zutage zu fördern. Bei einer Haussuchung in den Räumlichkeiten eines hiesigen Handelsmannes wurde außer den Fleischwaren auch ein vor einiger Zeit aus dem hiesigen Tempel entwendeter kostbarer Teppich entdeckt, der nun seiner früheren Bestimmung wieder zugeführt werden kann. Die Einbrüche, Diebstähle und Beraubungen haben sich in letzter Zeit ganz erschreckend vermehrt, so daß unsere Einwohner es nicht mehr wagen können, ihre Wohnungen auch nur auf kürzeste Zeit zu verlassen. Kaufleute und industrielle Unternehmen stehen trotz denkbar größter Sicherungsmaßnahmen dem fortgesetzten Treiben der Verbrecher machtlos gegenüber.

ck. **Lissa**, 21. Februar. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurde ein Antrag der Tabakberufsvereinigung Groß-Polens zum Tabakmonopol beraten. Nach über vierstündiger Verhandlung erklärte sich die Mehrheit in Übereinstimmung mit dem Magistratsantrage gegen die Einführung des Monopols. Darauf wurde die Abtretung von Land an die Baugesellschaft (Spolka budowlana) zum Preise von 50 Pfg. das Quadratmeter beschlossen. Es handelt sich hierbei um die Fläche, die durch Ausrodung des ehemaligen Birkenwäldchens an der Chaussee nach Zaborowo entstanden ist. Dort beabsichtigt die Baugesellschaft je ungefähr ein Morgen große Stücke an Arbeiter zu kleinen Ansiedlungen abzugeben. Ohne staatliche Beihilfe wird sich der Plan wohl nicht verwirklichen lassen, denn die anfänglichen Kapitalzeichner für das Unternehmen sind inzwischen zurückgetreten. Die Beihilfe für das polnische Mädchen-Gymnasium, das bereits einige gut besetzte Klassen aufweist, wurde auf 50 000 M. erhöht. Einen breiten Raum nahmen Anträge und Anfragen ein, die zum Teil noch aus vorherigen Sitzungen herrühren. Aus der Verhandlung ging u. a. hervor, daß wir in der Stadt noch 450 Arbeitslose haben. Durch die vom Staate angeordnete Entlassung von Bahnarbeitern dürfte sich die Zahl noch erheblich vermehren. — Die Kinderzahl der evangelischen Schule, die 1914 ungefähr 1300 Kinder zählte, ist auf 153 heruntergegangen, die in 4 Klassen unterrichtet werden, außerdem werden 150 deutschkatholische Kinder in drei Klassen unterrichtet. Wegen der weiter zu erwartenden Abwanderung deutscher Einwohner infolge der Option, wird sich die Zahl der deutschen Schulkinder noch weiter vermindern.

S **Rogasen**, 22. Februar. Der gestrige Jahrmarkt zeigte einen ziemlich bedeutenden Auftrieb an Pferden. Neben vielem minderwertigen Material war auch ein Teil guter Pferde zu sehen, für die sehr hohe Preise gefordert wurden (bis 420 000 M.). Die Kauflust war aber sehr gering, und es wurden nur wenige Geschäfte abgeschlossen. An Kühen und Färsen waren gegen 40 Stück vorhanden, das Geschäft war hier gleichfalls recht still. Auf dem Krammarkt war einiges Geschäft in Kurz- und Schnittwaren, etwas mehr in Stiefeln. Das Wetter war angenehm, der Neumarkt mit dem aufgeweichten Schnee allerdings in einem wenig schönen Zustand. Publikum war sehr zahlreich erschienen.

pg. **Dobrzyca**, 24. Februar. Der hiesige deutsche Frauenverein veranstaltete am Dienstag im Götzschen Saale einen wohlgelungenen Unterhaltungsabend. Von weit und breit waren die zahlreichen Besucher herbeigeeilt und folgten den Darbietungen mit dem lebhaftesten Interesse. Nach einer Begrüßungsansprache des Pfarrers Giesel und einem Vorspruch folgten 4 lebende Bilder nach Chamissos Frauen-Liebe und -Leben. Dann wurden drei „Rosenlieder" und einige Balladen vorgetragen. Hierauf folgte ein Theaterstückchen „Ein Pensionsstreich", das von den Mitgliedern des Jungfrauenvereins gespielt wurde. Dann schloß sich ein von Kindern dargestelltes Märchenstück: „Die drei Wünsche" an. Den Schluß bildete ein sehr lustiges und wirkungsvolles Stück: „Im Riesengebirge". Es wurde alles in trefflicher Weise dargeboten und fand darum auch einen wohlverdienten, reichen Beifall. Eine ähnliche Aufführung hatte derselbe Verein erst vor kurzem auch im nahen Eichdorf veranstaltet. Dort wurde sogar von den jungen Männern und Mädchen von Eichdorf ein schönes, dreiaktiges Schauspiel gegeben. Beide Abende brachten einen schönen Genuß und auch einen guten klingenden Ertrag, der den Armen und der Erhaltung der Krankenschwester zugute kommen soll. Auch der Wolgadeutschen wurde nicht vergessen, für die Sammlungen stattfanden.

* **Inowroclaw**, 24. Februar. Zum Starosten des Kreises Inowrocław ist, wie der „Dz. Pozn." erfährt, Herr Ruczyński ernannt worden. Somit haben sich also die Gerüchte, die bereits vor einigen Wochen über die Demission des Starosten Dr. Dalbor in unserer Stadt umgingen, bewahrheitet.

Ein Treibriemen im Werte von rd. ½ Million Mark wurde vorgestern Nacht dem Mühlenbesitzer Sonnenberg in Großneudorf gestohlen. Für die Ermittelung des Diebes hat der Geschädigte eine Belohnung von 100 000 M. ausgesetzt. Der Treibriemen ist 20 Meter lang und 20 Zentimeter breit.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Bialystok**, 23. Februar. Der Kaufmann A. Klebanow aus Bialystok fuhr vor einigen Tagen in der Nacht nach Luck, wobei er sich allein in einem Abteil zweiter Klasse befand. In der Nähe der Station Zablocin erblickten drei Arbeiter einen Bauern, der, in einem kostbaren Pelz gekleidet, einen Koffer trug. Die Arbeiter hielten ihn an und untersuchten den Koffer, in dem sie mit Blut befleckte Wäsche fanden. Die Arbeiter erkannten in dem Bauern einen Banditen, fesselten ihn und brachten ihn zum Bahnhofskommandanten. Hier gestand der Bandit, daß er auf einer Station in das Abteil stieg, wo Klebanow saß und diesen mit einem Messer ermordete. Die Leiche hatte der Bandit ausgezogen und darauf hinausgeworfen. In dem Koffer, der dem Banditen abgenommen wurde, fand man auch die Papiere des Ermordeten.

Briefkasten der Schriftleitung.

R. T. W. Wir haben erst vor Kurzem bekannt gegeben, daß in Stentsch ein polnisches Konsulat eröffnet worden ist. Ob es sich auf dem Bahnhofe oder in der Stadt befindet, können wir Ihnen nicht sagen.

M. K. D. 1. Die erstgenannte Bank gilt nicht als Staatsbank, sie existiert ja, nebenbei bemerkt, in Posen auch gar nicht mehr. 2. Die Polska Krajowa Pożyczkowa in Posen, Aleje Marcinkowskiego (fr. Wilhelmstr.). 3. Ihre dritte Frage ist zu verneinen.

Pastor K. Da die Unterschlagungen hier verübt worden sind, ist auch bei der hiesigen Staatsanwaltschaft der Strafantrag zu stellen, die sich dann mit der entsprechenden deutschen Behörde ins Benehmen setzt. Vielleicht ist es aber zweckmäßiger, von der Angelegenheit der jetzigen vorgesetzten Dienstbehörde des unehrlichen Mannes Kenntnis zu geben, da es dann nicht ausgeschlossen ist, daß er sich zur Rückzahlung der unterschlagenen Summe versteht. In einem ähnlichen Falle hat der betreffende Gemeindekirchenrat Anzeige beim Konsistorium erstattet; unseres Erachtens sind auch Sie hierzu verpflichtet.

B. S. M. Der Lieferant des Dreschkastens hat sich mit der Zahlung des damals verabredeten Preises zufrieden zu geben.

N. K. In diesem Falle brauchen Sie nur polnische Valuta zu zahlen.

A. B. 20. 1. Dabei werden keine Schwierigkeiten entstehen. 2. Das kommt darauf an, ob der Erbe polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität oder Reichsdeutscher ist. Nur in letzterem Falle wird das Besitztum liquidiert. 3. Nach polnischer Auffassung gelten Sie als Reichsdeutscher, nach deutscher als polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität. 4. Das können wir Ihnen nicht sagen.

H. T. Da das Grundstück bereits Ende November v. Js. in den Besitz des neuen Käufers übergegangen ist, hat er die Danina zu zahlen und nicht der Vorbesitzer.

M. G. in J. Nur 1200 M. deutsch und 20 000 M. polnisch.

Wirtschaftszeitung des Posener Tageblatts.

Die polnische Industriekrise.

Der Ausschuß zur Prüfung der Handels- und Industriekrise hat eine Reihe von Erklärungen von Vertretern der polnischen Industrie angehört, welche auf die Umfrage über die Krise ihre Meinungen äußerten. Der Vertreter des Verbandes der Metallindustriellen, Chorzewski, sieht die Ursache der Krise in dem schlechten Stand der polnischen Valuta. Der Vertreter des Verbandes polnischer Eisenwerke, Popowski, erklärt, daß der Verbrauch an Eisen in Polen minimal ist. Er macht auf die Mängel des Eisenbahntransports und die übermäßige Inanspruchnahme von Kohlen durch die Regierung und die Eisenbahnbehörden aufmerksam. Trotz des Stillstandes in den polnischen Eisenwerken sind Milliardensummen aufgebracht worden. Infolgedessen herrscht unter den Hüttenarbeitern keine Arbeitslosigkeit. Der Vertreter der Berufsvereinigung von Bauindustriellen Kongreßpolens, Polkowski, behauptet, daß die Ursache der Krise die Stillegung des Bauverkehrs sei. Es seien große staatliche Kredite notwendig, um den Baubetrieb zu erweitern. Der Vertreter des Verbandes polnischer Zementindustrieller, Tymienicki, gibt bekannt, daß mit Rücksicht auf den Anschluß eines Teiles Oberschlesiens an Polen die Zementunternehmungen für die Zukunft in Oberschlesien große Aussichten haben. In Schlesien herrscht Mangel an solchen Unternehmungen. Wegen Einstellung von Regierungsarbeiten ist der Stillstand in der Zementindustrie bedeutend. Die Zementfabriken arbeiten nur teilweise. Der Vertreter der keramischen Gruppe bei der Industriezentrale in Warschau, Langner, erklärt, daß die Ziegeleien zurzeit stillstehen, weil in Polen z. B. die Dörfer aus Holz gebaut werden. Drainröhren werden gegenwärtig nicht hergestellt, weil die Agrarreform jegliche landwirtschaftliche Verbesserung unmöglich macht. Die Beschlagnahme von Kohle durch die Eisenbahn und die Regierung geben den Ziegeleien den Rest. Der Vertreter der Textilindustrie (Lodz), Poznański, erklärt, daß eine Überproduktion in der Textilbranche nicht zu verzeichnen ist. Die Krise in der Textilindustrie ist schon beseitigt. Es arbeiten ebensoviele Spinnereien wie vor dem Kriege. Man muß von der Regierung eine ordentliche Handelsverbindung mit dem Ausland fordern. Der frühere Stadtpräsident von Warschau, Drzewiecki, erklärte in seiner Eigenschaft als Sachverständiger, daß, wenn man der natürlicherweise zunehmenden Bevölkerung von Warschau das Dach über dem Kopfe sichern wolle, die Bauarbeiten Tausenden von Arbeiterhänden Arbeit geben würden. Der Vertreter des Verbandes von Industriellen der Stadt Biała-Bielsk, Molenda, erklärt, daß es in Biała-Bielsk keine Arbeitslosen gibt. Der Redner führt die außerordentlichen Paßschwierigkeiten, die Post- und Transportschwierigkeiten an, welche die Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit dem Osten aufhalten. Die Minister haben im Zusammenhang mit der Umfrage schon zu Händen des Ausschusses entsprechende Berichte abgegeben. Auf der nächsten Sitzung des Ausschusses soll der Standpunkt der Vertreter der Arbeiterberufsverbände angehört werden.

Arbeitszeit und Arbeitsleistung.

Die sehr materialreiche Korrespondenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat kürzlich Ergebnisse einer amerikanischen Untersuchung über die Wirkung der Einführung des Achtstundentages (oder vielmehr der achtundvierzigstündigen Arbeitswoche) auf die Produktionsleistung veröffentlicht. Das Resultat der Ermittelungen (die eine Unterorganisation durchgeführt hat), war ziemlich ungünstig. In der Mehrzahl der Fälle sank die Leistung in gleichem Maße, in dem die Arbeitszeit verkürzt wurde; in einem sogar in noch stärkerem. Nur verhältnismäßig selten war der Leistungsrückgang kleiner als die Verminderung der Stundenzahl, und bloß ganz vereinzelt kam es vor, daß die Produktion in der geringen Arbeitszeit auf der früheren Höhe erhalten oder sogar noch ein wenig gesteigert werden konnte. Leider beschäftigt sich der Bericht mit diesen Ausnahmeergebnissen nicht mehr; er erwähnt nur, daß sie durch die Einführung neuer Arbeitsmethoden erzielt wurden.

Die Möglichkeiten, Arbeitszeitverkürzung durch Leistungssteigerung wettzumachen, werden von zwei Faktoren bestimmt: dem technischen des Betriebsprozesses und den seelischen, die die Anstrengung des Arbeiters beeinflussen. Die seelische Disposition der Arbeiterschaft dürfte zurzeit einer nicht durch Änderung der Arbeitsmethoden erzwungenen Leistungssteigerung kaum sonderlich günstig sein. Zwar ist die Abneigung gegen wirkliche Arbeitsanstrengung zweifellos nicht mehr so groß wie kurz nach der Revolution; das zeigt ja schon die teilweise Rückkehr zur Akkordarbeit. Aber Klassenkorpsgeist und innerer Gegensatz zum Unternehmer sind noch sehr scharf, weit schärfer als vor dem Kriege. Beide wirken im Sinne einer gewissen Leistungszurückhaltung eines „ca canny".

Aber selbst wenn diese Zurückhaltung mit Hilfe individueller Antriebs-Leistungsprämien überwunden werden könnte, wäre der Spielraum der Leistungssteigerung begrenzt. Der amerikanische Bericht weist darauf hin, daß eine solche gar nicht möglich ist, wo das Tempo der Maschine den Umfang der Produktion bestimmt. Der Arbeiter, der die Maschine nur überwacht und bedient, kann die Leistung beim besten Willen nicht steigern, wenn jene nicht schneller läuft. Wo der Arbeitserfolg nicht vom Maschinentempo, sondern mehr von Handgriffen und Handtätigkeiten des Arbeiters abhängt, sind die Aussichten auf Leistungssteigerung besser; aber sie liegen doch nur innerhalb der bisher nicht ausgenutzten Geschicklichkeits- und Geschwindigkeitsreserve des einzelnen. Und diese Reserve wird (wenn man die erwähnten seelischen Momente beiseite läßt) gerade bei tüchtigen qualifizierten Arbeitern, die ihre Arbeit verstehen, nicht allzu groß sein.

Man kann aus dem amerikanischen Resultate zwei sehr verschiedene Folgerungen ziehen. Man kann sagen: es ist bewiesen, daß Arbeitszeitverkürzung Leistungsverlust bedeutet. Wir aber brauchen mindestens Leistungserhaltung, wenn irgend möglich Leistungssteigerung; wir müssen deshalb zurück zum Zehnstundentag. Die Verwirklichung dieser Folgerung wird indes am Widerstande der Arbeiter scheitern; und wenn man sie ihnen aufzwingt, so werden die seelischen Hemmungen der Arbeitsleistung so stark werden, daß die Verlängerung des Arbeitstages nicht den erhofften Produktionsgewinn bringen wird. Es bleibt darum nichts übrig, als entschlossen die andere zu ziehen: Leistungssteigerung innerhalb der gleichen Arbeitszeit ist in großem Umfange nur zu erreichen durch Verbesserung der Arbeitstechnik. Nationalisierung des Produktionsprozesses, der Betriebsführung und der Arbeitsmethoden ist aber die erste und dringlichste Aufgabe jedes Fabrikanten und jedes Betriebsingenieurs.

Das Goldfeld der Hohen Tauern.

Eine überaus wichtige Nachricht, deren Bestätigung geeignet wäre, die österreichische Finanznot mit einem Schlage zu beheben, bringt die Denkschrift des Direktors der Goldbergbaugewerkschaft Rathausberg-Böckstein-Gastein, Ingenieur Imhof. Diese Denkschrift behauptet, daß das größte Edelmetallvorkommen Europas an den Hohen Tauern gebunden ist. Ingenieur Imhof gilt als einer der bedeutendsten Fachmänner und Praktiker Europas auf dem Gebiet des Goldbergbaus und ist, als Schweizer von Geburt, besonders objektiv in der Beurteilung der geologischen Verhältnisse des von ihm untersuchten Gebiets. Nach einem historischen Rückblick auf die Blütezeit des Bergbaugebietes in den Jahren 1460 bis 1560 führt Imhof aus:

„Der heute ermittelte Mittelpunkt der Erze, der auch mit den alten Produktionsdaten übereinstimmt, wurde mit 34 Gramm Aurum und achtmal so viel Silber, das ist 270 Gramm Argentum per Tonne Gestein, festgestellt, während ein Überschreiten von 5 bis 7 Gramm Gold per Gesteinstonne einen Goldbergbau bereits profitabel macht.

Von den durch hundert Jahre erzielten 4000 Kilogramm Gold entfielen auf die Nord- und Südtauern zwei Drittel, auf Niederkärnten ein Drittel, somit auf Salzburg ein Drittel allein, auf Kärnten insgesamt zwei Drittel der gewonnenen Goldmengen.

In diesen Zeiten wurden in diesen Gebieten täglich 12 bis 15 Kilogramm Gold gewonnen, obwohl die damaligen Schürfer nur 12 Gramm Gold aus einem 26 Gramm goldhaltigen Gesteine ausbringen konnten, das heißt, nur eine 55prozentige Goldauslese erzielen konnten, während heute bei hochentwickelten Methoden eine beinahe 90prozentige bis sogar 98prozentige erreichbar ist! Diese damalige Tagesproduktion ist durch eine lange Zeit erreicht worden, was daraus hervorgeht, daß im Tauerngebiete weit über 100 Kilometer Stollen vorgetrieben worden sind; des ferneren daraus, daß das Ausmaß der alten Erzhalden viele, viele hunderttausend Kubikmeter beträgt.

Die Erstreckung des Hochtauerngoldgebietes reicht von Nordwest nach Südwest auf 12 Kilometer; ebenso hat das Gebiet die ungefähr gleiche Ausdehnung von 12 Kilometer in der Richtung Nordost—Südwest. Der gesamte Freischurfbesitz umfaßt 360 Schürfe, die eine Fläche von 13 000 Hektar bedecken. Auf der Nordseite des Tauernkammes liegen 200 Schürfe, auf seiner Südseite, Oberkärnten allein, 160 Schürfe. Das Mittelalter baute vom höchsten Kamm des Gebirges auf Kote 3000 (Schareck, Rauris, Goldzeche) bis hinunter auf Kote 1700 (Siglitz), das heißt an fast allen Bergbaubetriebsstätten bis zur Talsohle, wo ihnen dann noch Tiefbau mit Hilfe von Schächten bis zu etwa 30 Meter unter dem Grundwasserspiegel gelang. Dort blieben sie mangels genügender Wasserhebemaschinen stecken; Querschläge zum Zwecke der Unterteufung konnten sie mangels an Bohrmaschinen und Sprengmitteln nicht anlegen, was begreiflich ist, wenn wir bedenken, daß wir in einem Tage die Jahresvortriebsleistung der Alten erreichen.

Im tiefsten Aufschlußbau der Neuzeit auf Kote 1600 Meter wurden die ganz gleichen Erze erschlossen, wie sie auf Kote 3000 vorkommen. Die Derberze mit dem Quarz weisen Halte von 20 bis 100 Gramm Aurum und mehr per Tonne auf; ihr Durchschnittsgehalt ergibt rund 30 Gramm per Tonne und zeigt keine Änderung der Erzführung. Auf Grund dieser Erkenntnisse muß man schließen, daß die Adelsführung noch unverändert in größere Tiefe folgt und auf Grund der Genesis — bis zu heute unbestimmbarer Tiefe die Adelsführung des Erzes eher mächtiger und reicher wird, als umgekehrt.

Der exakt wissenschaftliche Mineraloge Rochata nimmt für das ungeheuer große Vorkommen vorsichtigerweise nur ein Drittel der ganzen Gangmasse von 1.2 Meter mittlerer Mächtigkeit, respektive nur ein Drittel Gangfläche in abbauwürdigen Zonen liegend für seine Berechnungen an und läßt zwei Drittel Gangfläche überhaupt außer Berücksichtigung.

Unter diesen überaus vorsichtigen Annahmen und unter Verwendung eines noch weiter stark reduzierten Abbauwürdigkeitskoeffizienten von bloß einem Fünftel für die Gänge statt des von Rochata selbst festgestellten von einem Drittel ergibt eine sehr genaue Mindestberechnung folgenden Erzvorrat, respektive nachstehend angeführte wirklich ausbringbare und zahlbare Metallmengen: 167 400 Kilogramm Gold = 550 Millionen Goldkronen; da das Kilogramm Feingold gleich 3280 Goldkronen ist; 550 Millionen Goldkronen = 660 Milliarden Papierkronen, da eine Goldkrone 1200 Papierkronen sind.

Dies ist der voraussichtliche Erzvorrat der Hohen Tauern nach einer mäßigen Veranschlagung. Hierzu kommen ca. 80 000 Kilogramm Gold der Niederen Tauern, Karawanken und des Drautales, also Niederkärntens, gleich 275 Millionen Goldkronen oder 330 Milliarden Papierkronen, somit ein Gesamtvorkommen unserer Alpen von ca. 800 Millionen Goldkronen oder 1000 Milliarden heutige Papierkronen.

Handelsnachrichten aus Polen.

= **Spiritusausfuhr.** Im Finanzministerium finden Beratungen über die Spiritusausfuhr statt. Nach Informationen, die der Direktor der polnischen Spirituszentrale, Dr. Bernstein, erteilte, kann Polen, obwohl die gegenwärtige Produktion geringer ist, als die der Vorkriegszeit, dennoch bedeutende Mengen von Spiritus ausführen.

= **Zulassung ausländischer Firmen zum Postscheckverkehr in Polen.** Auf Grund der polnischen Devisenordnung vom 24. Februar 1921 (Artikel 14) war die Einzahlung von Beträgen auf Rechnung ausländischer Personen und Firmen nur mit Bewilligung des Finanzministeriums gestattet und lediglich den Devisenbanken überlassen. Die Einzahlung auf ein einer ausländischen Firma bei der Postsparkasse eröffnetes Konto war verboten. Die Folge dieser Bestimmung war, daß eine ausländische Firma über ein ihr in der Postsparkasse eröffnetes Konto innerhalb des polnischen Gebietes nicht frei verfügen konnte. Wie der „Przegląd Kupiecki" vom 14. Januar 1922 mitteilt, hat das Finanzministerium jetzt die Zulassung ausländischer Firmen zum Postscheckverkehr angeordnet, und zwar können jetzt aus den laufenden Rechnungen ausländischer Personen und Firmen, die ihren ständigen Wohnsitz außerhalb Polens haben, uneingeschränkte Auszahlungen sowohl bar, wie auch im Wege der Verrechnung zugunsten inländischer sowie ausländischer Konti bei der Postsparkasse erfolgen. Ferner können uneingeschränkte Auszahlungen von einem ausländischen Konto auf ein anderes ausländisches Konto im Verrechnungswege durchgeführt werden. Alsdann können die in Polen wohnhaften Personen und Firmen Beträge bis zu 10 000 M. poln. ohne weiteres auf ein ausländisches Konto überweisen; für höhere Summen muß die Bewilligung der besonderen Delegierten des Finanzministeriums eingeholt werden. Diese Delegierten sind in allen größeren Städten Polens vorhanden (Warschau, Lodz, Sosnowice, Posen, Bromberg, Lemberg, Krakau, Bielitz). Diese Anordnung des Finanzministeriums ist als Erfolg der polnischen Kaufmannschaft zu bezeichnen, die im Wege der Handelskammern eine diesbezügliche Eingabe an das Finanzministerium eingereicht hat.

= **Zollfreiheit der Waren aus Oberschlesien.** Alle Waren, welche aus dem Polen zuerkannten Gebiet Oberschlesiens kommen, sind zollfrei, falls sie mit einer Herkunftsbescheinigung versehen sind, die von dem polnischen Generalkonsulat in Oberschlesien ausgestellt wird.

Handelsnachrichten aus dem Ausland.

= **Verbindung der Weichsel mit dem Dnjepr.** Ein ausländisches Syndikat schlug der Regierung der Ukraine vor, eine Verbindung der Weichsel mit dem Dnjepr mit Hilfe eines Kanals herzustellen. Der Wirtschaftsrat der Ukraine erkannte dieses Anerbieten als sehr erwünscht an. Was die Vorschläge der polnischen Regierung in der Frage der Verbindung des Dnjepr—Bug-Kanals mit dem Wasserstraßennetz Polens betrifft, so erklärte der Rat, daß eine solche Verbindung für die Ukraine nur dann Bedeutung haben wird, wenn in diesem Entwurf auch die Beschleusung des Dnjepr aufgenommen wird, denn auf diese Weise würde ein Ausgang zum Schwarzen Meer geschaffen werden. Da jeder der beiden Staaten einen der Ausgangspunkte besitzen würde, so würden für beide die gleichen Bedingungen geschaffen werden. Die Ukraine erhält die Möglichkeit des Zutritts zum Baltischen Meer und wird Polen das Recht des Zugangs zum Schwarzen Meer geben.

= **Finnisch-russischer Wirtschaftsvertrag.** Seit dem Jahre 1921 hat ein finnisch-russischer Ausschuß über die Aufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Finnland und Rußland und einen Wirtschaftsvertrag verhandelt mit dem Ergebnis, daß der Handel in Gang gekommen ist. Neuerdings hatte man verschiedene Fragen der dauernden Beziehungen weiter bearbeitet und sich über folgende Punkte geeinigt: Auswechslung von Schiffen und Fahrzeugen im gegenseitigen Verkehr, Ordnung der Postverbindungen und der telegraphischen Verbindungen, Übereinkommen über die Beförderung von Personen, Reisegepäck und Gütern zwischen Finnland und Rußland, Fischerei in den Territorialgewässern im Eismeer. Über verschiedene andere Punkte waren die Verhandlungen ziemlich weit vorgeschritten. Zu Ende des Jahres hat dann die russische Regierung ihre Vertreter abberufen.

= **Eine neue Danziger Zigarettenfabrik.** Im Dezember 1921 ist in Danzig die Gesellschaft in Firma Zigarettenfabrik Baltyk G. m. b. H. gegründet worden. Das Unternehmen, dessen Kapital sich auf 50 000 M. beläuft, wird sich mit der Herstellung und dem Handel von Zigaretten und anderen Tabakfabrikaten befassen. Geschäftsführer sind die Kaufleute Paul Schmidt in Danzig und Leopold Besser in Warschau.

= **Polnische Waren in Moskauer Läden.** Der „Przegląd Poranny" erfährt folgendes: Aus Moskau wird gemeldet, daß sich in den dortigen Läden polnische Waren gezeigt haben: große Mengen von Seife und Warschauer Schokoladenwaren, Tschenstochauer Knöpfe, Lodzer Stoffe, Schnäpse und Liköre von Kantorowicz sowie Warschauer Bekleidungsstücke und Schaftstiefel. Charakteristisch sind die dortigen Preise dieser Waren. So kostet z. B. eine Tafel Schokolade 45 000—50 000 Rubel, ein Stück Toilettenseife 30 000—35 000, eine Flasche Posener Likörs 200 000—250 000 Rubel; aber die Krone von allem ist der Preis für Stiefel. Er reicht an 2½ Millionen Rubel für das Paar heran.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	25. Februar	24. Februar
Bank Handl., Poznań I.—VIII. Em.	360 +	—,—
Pozn. Bank Ziemian IV. Em.	245 + N	—,—
Wielkopolski Bank Rolniczy	—,—	160 + N
R. Barcikowski	180 + A	180 + N
H. Cegielski I.—VII. Em.	220 + A	215 + N
Centrala Skór	270 + A	275 +
Centrala Rolników	200 + A	—,—
C. Hartwig I.—IV. Em.	280 +	—,—
Hurtownia Związkowa	—,—	155 +
Hurtownia Drogeryjna	140 +	140 + N
Lubań	1230 + N	—,—
Dr. Roman May	520 + A	510 + N
Patria	400 +	410 + N
Pozn. Spółka Drzewna I.—IV.	—,—	660 + A
Wytwornia Chemiczna I.—II. Em.	195 + N	200 + A
" " III. Em.	—,—	170 + A
Arcona	265 + A	—,—
Wisła	1100 + N	—,—
Orient	—,—	215 +
Waggon Ostrowo	185 +	170 + N
Hartwig Kantorowicz	500 +	500 +
Auszahlung Berlin 18—18,10 +.		
Inoffizielle Kurse:		
Bank Przemysłowców	225 + N	225 + N
Drzewo Wronki	230 + N	—,—
Brzeski Auto	180 + N	—,—
Herzfeld-Viktorius	320 + A	—,—
Bentzki	520 + A	520 + N
Wytwornia Maszyn Młyńskich I.-III.	—,—	—,—
" " " IV.	—,—	285 + A
Bławat	—,—	410 +
Tkanina	550 +	—,—

A. = Angebot (polnisch: O. = ofiarowano).
N. = Nachfrage (polnisch: P. = pożądano).
\+ = bezahlt (polnisch: + płacono).

Berliner Börsenbericht

vom 24. Februar.

Diskonto-Komm.-Anleihe	457.—
Danziger Priv.-Aktienbank	292.—
Ostbank	241.—
Hartmann Masch.-Aktien	910.—
Phönix	1260.—
Schuckert	825.—
Hapag	441.—
3½% Pos. Pfandbriefe	16.25

Auszahlung Warschau	5.60
Polnische Noten	5.65
Auszahlung Holland	8375.—
" London	965.—
" Neuyork	219.25
" Paris	1995.—
" Schweiz	4285.—

= **Danzig,** 25. Februar. Auf der heutigen Börse wurden amtlich notiert: Polnische Noten 5,62½—5,67½, Auszahlung Warschau 5,62—5,65, Dollar 221—222, franz. Franks 2000, Pfund Sterling 975.

Wetterbericht

unseres Wettersachverständigen vom 25. Februar 1922, früh: 9 Uhr.

Ort	Luftdruck in mm	Windrichtung	Windgeschwind. m in d. Sek.	Witterungszustand	Temperatur (Cels.)	In den letzten 24 Stunden: Höchste Temp.	Tiefste Temp.	Niederschlag in mm
Posen	769.2	W	5	Regen	7	9	4	0,1
Bromberg	767.4	W	2	Nebel	7	—	4	0,2
Warschau	767.2	W	3	Nebel	4	4	4	4
Lodz	768,7	NW	5	Nebel	5	6	3	3
Lemberg	768,7	W	2	Nebel	2	2	1	1
Danzig	765,1	WSW	5	Bewölkt	6	—	—	—
Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—
Paris	769.8	Windst.	0	Heiter	4	—	—	—
Florenz	—	—	—	—	—	—	—	—
Zürich	773,4	NO	2	Heiter	1	—	—	—

Luftdruckverteilung über Europa: Ein sich abflachendes Hochdruckgebiet lagert über Zentraleuropa; eine ziemlich weit ausgedehnte Depression steht über Nordwesteuropa.

Das Wetter in Posen: Bewölkt, nachts und heute vormittags wurde leichter Regen notiert; relative Feuchtigkeit der Luft 99 Prozent; Temperatur um 12 Uhr 8 Grad über 0.

Voraussichtliches Wetter für den 26. Februar: Bewölkt, zeitweise Regen; Temperatur unverändert; ziemlich starke Westwinde.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznan.

Betrifft die Gebührenskala für die Versicherungsanstalt für Unglücksfälle in der Landwirtschaft.

Die Gebührenliste der Versicherungsanstalt für Unglücksfälle in der Landwirtschaft (Sektion Poznań Stadt) für das Jahr 1921 ist zur Einsichtnahme im städtischen Ausschuß (Plac Sapieżyński 10 a. 1. Stock, Zimmer 7) in der Zeit vom 1.—15. März 1922 während der Amtsstunden ausgelegt.

Nach dem 15. März 1922 haben die betreffenden Unternehmer das Recht, innerhalb 2 Wochen gegen die Besteuerung Einspruch zu erheben. Die Einsprüche, die keine aufschiebende Kraft haben, sind an den betreffenden Ausschuß des Magistrats zu leiten.

Die Gebühren für das Jahr 1921 berechnet man in der Höhe der 25 fachen Grundsteuer.

Poznań, den 16. Februar 1922.

Der Ausschuß.

Zeitungs-Bestellzettel f. Postabonnement.

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für Monat März 1922
durch die Post zum Preise von M. 275.— zuzüglich Zustellgebühr.

Name .... Wohnort ....
Straße ....

Tausch oder Kauf! Ein massiv. 3-Familien-Haus nebst Stall, ½ Mrg. Gartenland mit Inventar, Nähe Posen, Preis 800 000 M wird nach Deutschland zu tauschen gesucht. Gefl. Angebote unter B. H 5400 an die Geschäftsstelle dies. Bl.

Landwirtschaft, 50 Morg. groß mit Wiese, in Deutschland tausche nach Polen. Ansiedler sind nicht ausgeschlossen. Auskunft erteilt **J. Reimann**, Wenglewo, p. Pobiedziska.

Landwirtschaft cirk. 16 Mrg. gr. m. Wiese u. Inventar, tausche n. Polen. Auskunft erteilt **Dachdecker Franz Reiman. Kramig** Kr. Groß-Schmöllen (Dtschld.)



Möbl. Zimmer z. 1. 3. v. ein. Kaufmann gesucht. Meld. u. Nr. **5557** an d. Gesch. d. Ztg.